ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT — alle 14 Tage neu

TATblatt

Projekt Zweitageszeitung
minus 81 nummer
(18/89)
14. November 1989
Preis: öS 10.–

Wien

Graue Wölfe, braune Helden

Ereignisreiche Tage für AntifaschistInnen: Der Nazi-»Historiker« David Irving reiste durch ganz Österreich um seine Lehre von der Nichtexistenz der Gaskammern zu verbreiten, wobei ihm die Staatspolizei freilich hilfreich zur Seite stand. Gleichzeitig trumpften die »Grauen Wölfe« (türkische FaschistInnen) mit Propagandaveranstaltungen in Wien auf. Und daneben ehrt wie immer das offizielle Österreich seine Helden aus der Nazi-Zeit.
Aber so ganz ohne Zwischenfälle ging das alles nicht über die Bühne... *siehe Seite1 bis Seite 8.*

Außerdem:

Die »Grauen Wölfe« Eine überaus aktive faschistische Terrorbande aus der Türkei
Seite 7

FPÖ fordert: Zwangsarbeit für AsylantInnen
Seite 9

Repression in Guatemala
Seite 11

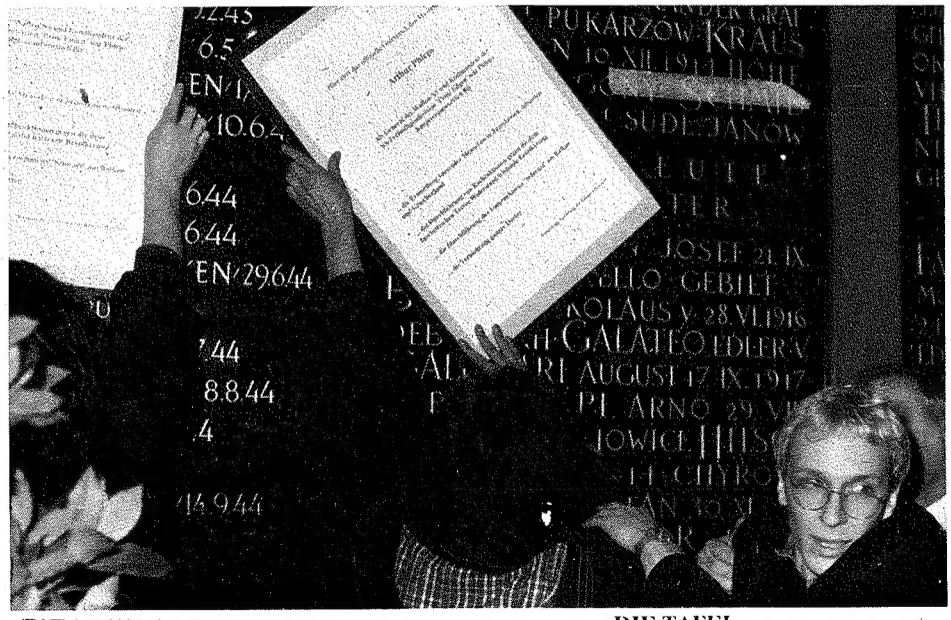
Brief einer Frau aus einem iranischen Gefängnis
Seite 14

Mathias N.: Die 40 papillaren Gefahren
Der 4. Teil des TATblatt-Fortsetzungskrimis
Seite 17

u.v.a.

»...Feld der Ehre«

Seit mehreren Jahrzehnten ziert eine Gedenktafel zur Erinnerung an die österreichischen Angehörigen der Generalstäbe der zwei Weltkriege den Vorraum der zur Hofburg gehörigen Kapelle im Schweizerhof. An prominenter Stelle zu finden sind auf dieser Tafel die Namen zweier Männer, die sich "im Kampf um die abendländischen Werte" besonders Verdient gemacht haben dürften: Alexander Löhr und Arthur Phleps.



(TATblatt-Wien) **DIE TAFEL....**

BesitzerIn der Kapelle samt Vorraum und Inventarium ist das Wirtschaftsministerium, genutzt werden die Räumlichkeiten jedoch vom Unterrichtsministerium, und zwar zur Pflege barocker Kirchenmusik. Wie nun jenes mehrere Meter Hohe Kriegsverbrecher ehrende Ding da eigentlich hingelangt ist, konnten wir (noch) nicht in Erfahrung bringen.

.....besteht aus einem marmornen Mittelteil, auf dem die Namen der "in den Kriegswirren des Weltkrieges" (des ersten also) ums Leben gekommenen Angehörigen des österreichischen Generalstabs verewigt sind. Die äußeren Marmorflügel mit den Namen der gefallenen Generalstabsoffiziere angeblich österreichischer Her-

kunft des zweiten Weltkriegs und ein, dem Mittelteil aufgesetzter Halbkreis mit der Inschrift: "gefallen auf dem Feld der Ehre", vollenden den Eindruck, vor einem Altar zu stehen.

DER ORT...

...ist kein zu groß geratenes Marterl am Rand des Weges nach Hintertupfing, daß im Laufe der Jahre in Vergessenheit geraten sein könnte. Jeden Sonntag finden sich hunderte TouristInnen zur ministeriellen Barockmusikpflege ein. Vor der "Original Wiener Sachertorte" ziehen sie sich kurz einmal "Original Wiener Sängerknaben" rein. Die meisten kommen über den Kappellenvorraum nicht hinaus, denn die Zahl der MessebesucherInnen ist hoch. Unter dem Vorwand ministerieller Barockmusikpflege wird nämlich auch noch eine weitere, bis vor kurzem selbst unter papsttreuen KatholikInnen verpönte, Tradition gepflegt: der elitaristische und seit dem zweiten Vatikanischen Konzil "abgeschaffte" Tridentinische Messritus, dessen Wiederzulassung von Lefebre- und Opus Dei-AnhängerInnen erzwungen wurde. Die Hofburgkapelle ist so ein Wallfahrtszentrum der radikalen Rechten geworden.

DIE IDEE...

....auf diese Verherrlichung von Kriegsverbrechern zu reagieren, sie öffentlich zu machen und ins Gespräch zu bringen, war daher weniger eine Reaktion auf den "Skandal", daß da faschistische Massenmörder geehrt werden, als ein Versuch, die stetig größer werdende Akzeptanz rechter und rechtsradikaler Inhalte zu thematisieren. Zugleich sollte auf die faschistische Kontinuität von Personen und Rechtsnormen im Österreich der zweiten Republik aufmerksam gemacht werden.

PRESSE UND MINISTERIUM...

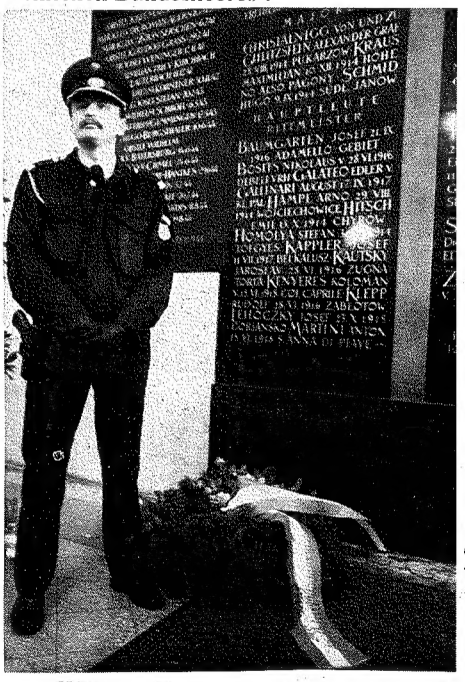
...hatten wir von unserer Absicht, am 5.11. nach Ende der Messe Protesttafeln am Gedenkaltar anzubringen, informiert. VertreterInnen internationaler Medien (etwa der Vertreter der jugoslawischen TANJUG) wandten sich empört an das Wirtschaftsministerium und forderten Auskünfte über die Tafel. Wer für den Gedenkaltar zuständig sei, verlautete von dort, sei nicht geklärt. Ebenso sei unklar, ob die Polizei gegen die "Zusatztafelmonteurinnen" einschreiten werde. "Das hängt davon ab, wie diese Tafeln angebracht werden", gab Sektionschef Schmelz kryptisch von sich.

SONNTAG, 5.11.1989
GEGEN 9 UHR 30....

drängten sich dann auch wirklich mehrere Personen zwischen die den Eingang notdürftig versperrenden StaatspolizistInnen in den Vorraum der Hofburgkapelle. Das lateinische Hochamt (würg) samt frühbarocker Orgelmusik und Sängerknabengesang lassen Spannung aufkommen. Endlich, nach fast zwei Stunden hat das Warten ein Ende. In mehreren Gruppen wird versucht, zwei Tafeln, die die Verbrechen von Phleps und Löhr unvollständig aufzählen, an die Marmorplatten zu kleben. Staatspolizei und Burgwache, später auch noch normale Polizeibeamte und schließlich Alarmabteilung werden zur Abwehr der antifaschistischen Gefahr aufgewandt. Unser sportlicher Stapozist aus der Tatblatt nr. .... sieht sich aus unerfindlichem Grunde gezwungen, einem jungen Mann die Schulter auszukegeln.

DOCH....

....die österreichische Realität hat diese Aktion an Irrsinnigkeit überholt. Vor der Tafel liegt ein Kranz, gewidmet "von den Offizieren des Generalstabes des österreichischen Bundesheeres".



Währenddessen findet im Inneren Burghof eine Kundgebung statt. Auf den mitgebrachten Transparenten wird auf die hohe Zahl der nach Militärstrafgesetz oder Wehrgesetz inhaftierten (In Wien seit April über 50) und angeklagten (1988 über 1000 Verfahren in ganz Ö = etwa 3% der Wehrpflichtigen) hingewiesen.

Das folgende Flugblatt wurde an PassantInnen verteilt:

unsere Aktion richtet sich gegen die wachsende Akzeptanz von rechtsradikalem und neofaschistischem Gedankengut in Österreich.

Die zunehmende Gesellschaftsfähigkeit rechter Inhalte zeigt sich nicht nur in der Wahlpropaganda Waldheims und im Auftreten der Haider-FPÖ, sondern auch z.B. in der erst kürzlich vom Vorarlberger Landeshauptmann Purtscher geforderten Kontingentierung türkischer und jugoslawischer GastarbeiterInnen.

Eine Grundlage des rassistischen, frauen- und fremdenfeindlichen Gedankenguts bildet ein auch im Österreich der zweiten Republik gefördertes Geschichtsbild, daß die Soldaten des Nazi-Regimes zu Helden stilisiert, die im Kampf um "abendländische Werte" ihre Pflicht erfüllten — und Widerstand gegen Faschismus als "Nestbeschmutzung" und "Verrat am eigenen Volk" diffamiert.

Die Kontinuität des Faschismus ist nicht nur personell (z.B. ehem. NR-Präsident und Außenminister Gratz, ehem. Landeshauptmann von Kärnten Wagner, ehem. Justizminister Tschadek, Gerichtspsychiater Gross,....) sondern auch in Aufbau und Gesetzen des Landes offensichtlich.

Wir — AntimilitaristInnen, Zivildiener, TotalverweigerInnen, AntifaschistInnen — weisen besonders auf faschistische Strukturen und Tendenzen im österreichischen Heer hin.

Menschen, die sich auflehnen und verweigern, werden mittels Gesetzen aus Monarchie, Austrofaschismus und Nationalsozialismus kriminalisiert. Allein in Wien wurden seit April dieses Jahres mindestens 50 Menschen aufgrund angeblicher Vergehen gegen Militärstraf- bzw Wehrgesetz inhaftiert. Jährlich werden mehr als tausend Menschen wegen solcher Vergehen angeklagt und großteils verurteilt!

フブルグの礼拝堂にある記念牌でオーストリアが第二次世界大戦の犠牲者の中に犯罪
数っています。
exander Loehr: ドイツの最高指揮官と空軍指揮官
thur Phleps: ナチスドイツの武装親衛隊長
hr と Phleps は次の指令に対して責任があります:
ユーゴスラビア、ポーランド、アルバニア、ギリシャのナチス制度のテロの犠牲者
ベニングラードとワルシャワの爆弾投下
ギリシャのユダヤ人の強制送還と殺害
一 軍人一人に対して100人の殺害命令

私たちはこのような不条理な過去の出来事に反対です。
記念牌を撤去しろ！
また、今広がっている極右とファシストの考え方に反対です。
それで、抗議するために今日はこの記念牌に看板を取り付けるつもりです。

Komitee gg. Verehrung von Kriegsverbrechern

Alexander Löhr

"...nur unsere Pflicht getan.."

1885 als Sohn einer "Hausfrau" und eines DDSG-Kapitäns geboren, absolvierte Alexander Löhr bis zu seinem 21.Lebensjahr eine Kadettenschule und die Militärakademie in Wiener Neustadt, die er als Leutnant abschloß. Im ersten Weltkrieg diente er als Berufsoffizier in der Luftfahrtsabteilung des Kriegsministeriums und wurde nach Zusammenbruch der Monarchie in das österreichische Bundesheer übernommen. Ab 1926 begann unter Mitwirkung Löhrs der Aufbau der "getarnten österreichischen Fliegerei" (Österreich dürfte keine eigene Fliegerei besitzen). Nach 1938 war Löhr zunächst für die "deutschen Luftstreitkräfte in der Ostmark" verantwortlich und in dieser Funktion für den Einsatz der "Luftstreitkräfte" bei der Eingliederung des Sudetenlands und der Errichtung des Protektorates Böhmen und Mähren verantwortlich. Zu dieser Zeit entwickelt Löhr jene Bomber-Strategie, mit der er "durch sorgfältige Auswahl der Angriffsziele einen Staat im ersten Angriff aus der Luft entscheidend zu treffen" suchte (Löhr). Zwar mag diese "Strategie" auf den ersten Blick als "besonders menschlich" erscheinen (selbiges wird von Löhr-Fans wie Reimann oder Haider behauptet), doch dieser Eindruck wird durch die Tatsache korrigiert, daß sowohl bei der Bombardierung Warschaus als auch bei der Zerstörung Belgrads durch die "deutsche Luftflotte" etwa die städtischen Wasserwerke zu den "sorgfältig ausgewählten Zielen" gehörten, um das Löschen von Bränden zu verhindern. Beide Angriffe waren von Löhr vorbereitet und durchgeführt worden. In einer "Vollzugsmeldung an den Führer" betonte Löhr ausdrücklich, bei der Bombardierung Warschaus "nur seine Pflicht getan zu haben". 1942 wurde Löhr zum Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in Griechenland bestellt. Unter seiner Führung wurden binnen weniger Wochen über 30 000 Menschen jüdischer Herkunft nach Auschwitz transportiert. Von "anerkannten" Militärhistorikern, etwa dem bundesdeutschen Angehörigen der Waldheim-Kommission, Messerschmidt, wird Löhrs Anteil an den Judendeportationen höher eingeschätzt als bei allen anderen Befehlshabern der Wehrmacht. Auch sonst hielt Löhr den Nazis stets die Stange. Als nach dem 20 Juli 1944 deutliche Unruhe in den Führungsstäben der Wehrmacht herrschte, schwor er dem Führer die Treue: "Mehr denn je gedenken wir in Liebe und Treue unseres Führers, dem wir verpflichtet sind bis zum letzten Atemzug ließ er am 22.Juli 1944, also weniger als 24 Stunden nach Scheitern des Anschlagsversuchs auf Hitler mittels der "Wacht im Südosten", eine dem Oberkommando unterstellte Soldatenzeitung, verbreiten. Hitler revanchierte sich, in dem er Löhr "mein bestes Pferd im Balkanstall" nannte.

Löhr zeichnete sich weiters durch bedingungsloses Erfüllen von Führerbefehlen aus, die andere Offiziere in ähnlicher Positionen zumindest verwässert weitergaben. Vor allem jener berüchtigte Führerbefehl, der die Ermordung von 100 SerbInnen pro gefallenen deutschen Soldaten anordnete, wurde im Bereich der Heeresgruppe E (der ja auch Waldheim bekanntlich angehörte), mit besonderer Akribie umgesetzt.

Erwähnenswert auch noch die Umstände, die letztlich zur Exekution Löhrs nach vorangegangenem Kriegsverbrecherprozeß führten. Löhr versuchte noch nach der bedingungslosen deutschen Kapitulation, bewaffnet den Sektor der englischen Truppen zu erreichen, da er mit ihnen zu kooperieren hoffte. Auf der Flucht vor den Partisanen der jugoslawischen Volksarmee überfielen er und seine Resttruppen weitere Dörfer und ermordeten die Zivilbevölkerung. Zwar erreichte Löhr im letzten Augenblick von britischen Truppen besetztes Gebiet, doch der Druck der Bevölkerung und der Partisanenarmmee erzwang die Auslieferung Löhrs an das neu entstandenene Jugoslawien. Am 26.11.1947 wurde Löhr in Jugoslawien hingerichtet. Das Feld der Ehre reicht also nach Ansicht der Verehrenden noch bis in die Nachkriegszeit.

"...Vorwärts Prinz Eugen!"

Arthur Phleps:

geb.29.11.1881 in Birthälm/Siebenbürgen

Mutter "Hausfrau",Vater Arzt; Realschule in Hermannsstadt (den heutigen Namen herauszufinden ist uns leider nicht gelungen), danach k.u.k. Kadettenschule in Pressburg (Bratislava); Offizier bei den Tiroler Kaiserjägern; ab 1905 k.u.k. Militärakademie; 1907 Milak mit Prädikat "zum Generalstab sehr geeignet" abgeschlossen; 1911 Beförderung zum Hauptmann im Generalstab und Versetzung nach Sarajevo, wo er mit der Organisierung der Mobilisierung für Bosnien und Herzegowina zuständig ist. Auf Befehl seines Vorgesetzten entwickelt Phleps bereits 1913 jene Strategie, mit der 1943 eben diese Gegend terrorisierte. Fast den gesamten 1. Weltkrieg verbringt Phleps als Offizier des Generalstabs am Balkan; nach Beendigung des Krieges wird Phleps Kommandeur der faschistischen "sächsischen Nationalgarde", einer deutschtümelnden Schlägertruppe, der vom rumänischen Regime zur Niederschlagung der Rätebewegung eingesetzt wird. 1941 quittiert Phleps einvernehmlich seinen Dienst in der rumänischen Armee, um in die Waffen-SS eintreten zu können. Erst als "Standartenführer" der Division "Wiking" der Waffen-SS zugeteilt, übernimmt er bald das Kommando über eine eigene Einheit, mit der er am Überfall auf die Sowjetunion teilnimmt. Anfang 1942 bekommt Phleps den Auftrag, aus deutschsprachigen Bewohnern Serbiens und des serbischen Banats eine eigene SS-Einheit aus Freiwilligen zu bilden. Der inzwischen zum Generalleutnant der Waffen-SS avancierte Phleps nennt seine neugegründete Einheit in Anlehnung an die "Säuberung des Balkans von den Türken" unter der militärischen Führung Prinz Eugens eben "Prinz Eugen". Seine "historische Aufgabe" sah Phleps in der Erhaltung und Erweiterung des deutschen Einflusses am Balkan. Weniger diplomatisch ausgedrückt: Durch massiven Terror gegen die Bevölkerung sollte die "Lebensraumbeschaffung für das deutsche Volk im Osten" durchgesetzt werden. Phleps war Leiter der "Aktion Schwarz", einer militärischen Offensive gegen antifaschistische Partisanen, bei der im Verlauf weniger Tage mindestens 12 000 Menschen ermordet wurden. Einem Militärbericht vom 16.September 1943 ist zu entnehmen, "daß er (der Einheitsführer; die Red.), als er sich zurückziehen mußte, alle Leute, die sich im Freien aufhielten, tötete, denn er hatte keine Möglichkeit, die loyale Bevölkerung von den Banden zu unterscheiden. Er teilte selbst mit, daß er bei dieser Gelegenheit etwa 100 Personen tötete". Am 21.9.1944 hat irgendjemand Phleps irgendwo am Balkan endlich erwischt.

Vom polizeilichen Einsatz für einen nazistischen Vortrag

Die Irving-Lügen

Vom 4. bis 10. November befand sich der Nazi-»Historiker« David Irving auf Vortragsreise durch Österreich. Die meisten Veranstaltungen wurden aus Angst vor antifaschistischen Aktionen abgesagt. Am 6. November wollte Irving in Wien sprechen, was ihm durch, über Radio verbreitete innenministerielle Lügen und der tatkräftigen Mithilfe der Polizei schließlich auch gelungen ist.

(TATblatt-Wien)

Berühmtheit erlangte der in Großbritanien lebende Faschist vor allem durch seine Behauptungen, daß es die nationalsozialistischen Gaskammern niemals gegeben hatte und Adolf Hitler stets seine schützende Hand über die jüdische Bevölkerung ausgebreitet hätte. Irving trieb es dereinst soweit, daß er 1984 gar aus Östereich abgeschoben wurde. Seither war er aber bereits mehrmals zu sogenannten »Vortragsreisen« wieder nach Östereich gekommen. So auch Anfang November.

Am 6. November sollte Irving im Parkhotel Schönbrunn (Wien 13, Hietzinger Hauptstraße 10-14) sprechen. Die israelitische Kultusgemeinde, der Republikanische Klub, die Sozialistische Jugend und andere organisierten aus Protest dagegen eine Kundgebung vor dem Hotel, die schließlich schräg vis à vis abgehalten wurde.

Eine Konfrontation schien unabwendbar. Bis zu fünftausend AntifaschistInnen wurden erwartet. Bis schließlich ab 16 Uhr stündlich über die ORF-Nachrichten die Aussage Innenminister Löschnaks verbreitet wurde, daß die Veranstaltung wegen Verdachts der nationalsozialistischen Wiederbetätigung untersagt worden sei. Gleichzeitig begann aber ein Großaufgebot Polizei, sich vor dem Hotel in Aufstellung zu bringen.

Die sich trotz der Löschnak-Lüge und trotz des strömenden Regens am Kundgebungsort einfindenden AntifaschistInnen finden sich einer polizeilichen Trennkette aus einer Reihe Polizeibussen(!), und Tretgittern gegenüber.

Die Arbeit der Trennung von AntifaschistInnen und Nazis nahm die Polizei den Faschos entgegenkommenderweise ab. Sie gewährte nur Personen mit gültiger Eintrittskarte den Zugang zu der angeblich verbotenen Veranstaltung. Trotzdem aber gelang es auch einigen Linken, die sich rechtzeitig Eintrittskarten gesichert hatten, in den Saal zu gelangen. Draussen bewegte sich nach einigen Streiterein die Kundgebung von ihrem zugestandenen Platz auf die Polizeisperren vor dem Hotel zu. Schließlich empfahlen die Behörden den Nazis, die Veranstaltung vielleicht doch besser zu verschieben. Die Polizei ermöglichte ihnen dafür bereitwillig eine ungestörte Übersiedung in ein Ersatzlokal in Wien-Hütteldorf (Gasthof Sittler; Wien 14, Linzerstraße 195). Doch auch die Gegendemonstration übersiedelte. Wegen der von der Polizei verbreiteten neuerlichen Lüge, daß die Veranstaltung gänzlich abgesagt sei, kamen aber nicht mehr alle DemonstrantInnen mit. Außerdem versuchte der Vorsitzende der Israelitischen

Schauplatz Restaurant Sittler, Wien 14, Linzerstraße 195

Innenaufnahme

Die Nazi-Veranstaltung wird vom Parkhotel Schönbrunn in oben erwähntes Lokal verlegt. Als ich dort ankomme, sind ca 250-300 Braune versammelt. Die meisten von ihnen so zwischen 60 und Verwesung, aber leider auch genügend junge »Menschen«, die sich die Zeit scherzend mit ihrem großen Führer Norbert Burger und dessen Adlatus Gert Honsik vertreiben.

Am Eingang, vor dem Saal, kontrollieren zwei stämmige deutsche Eichen jedeN genau, eine Frau fotografiert ihr unbekannte und verdächtig erscheinende Personen.

Im Saal selbst viele Fotografen, Videokameras, Zivilbullen, Saalschutz, Hektik, langes Warten, keineR weiß etwas genaueres, aggressive Stimmung. Einige regen sich auf, daß sie nicht bedient werden, weil »saufen tuan ma olleweil no«. Andere riefen immer nach Irving, der aber nicht zu sehen ist. Eine Frau meint stolz, ihr ist das eh egal, sie treffe sich dann eh mit Irving zum Essen, außerdem weiß sie eh was er so zu sagen hat.

—*Was hat er denn so zu sagen?*

—Na, die Wahrheit über den 2. Weltkrieg und über die Gaskammern.

—*Ja, aber was genau?*

—Na, daß es sie nicht gegeben hat, junges Ding, Sie. Jede andere Behauptung wäre eine Lüge. Nein, ist eine Lüge. Verstehen's mich, junges Ding?

—???

Ein Mann neben mir kann es nicht unterlassen, ständig zu betonen, daß er »vor allem teutsch« ist und deshalb gekommen ist.

Nach einer Stunde bittet die Polizei, den Saal zu räumen, sonst wird geräumt. Die offizielle Begründung: Überfüllung des Saales. Die Polizei fordert noch auf, vom Restaurant links wegzugehen, da rechts eine Gegenveranstaltung sei.

Kultusgemeinde, Grosz, »autonome Gruppen« abzuspalten, mit denen er nicht gemeinsam demonstrieren wollte.

Doch immerhin bekam auch der Eigner des Gasthauses Sittler schließlich Angst um die Unversehrtheit seines Lokals und nach ein, zwei Stunden regte die Polizei schließlich an, die Veranstaltung, vielleicht wegen Überfüllung des Saales, abzubrechen.

Vor dem Gasthaus präsentierte sich die Polizei diesmal ganz ganz freundlich. Wenn antifaschistische DemonstrantInnen Nazis den Zugang zur Veranstaltung verweigerten, kamen sofort behelmte Beamte hergerannt und nahmen allen Ernstes die Faschisten fest, die ihnen von den AntifaschistInnen bereitwillig ausgefolgt wurden.

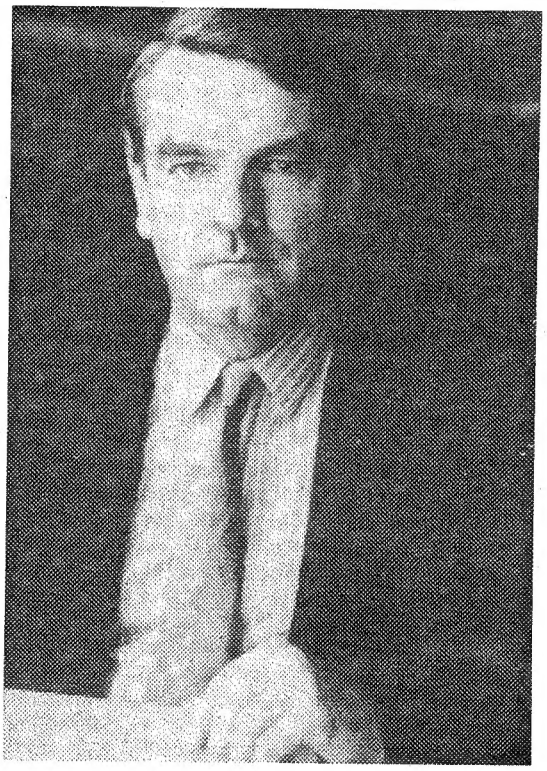
Wie tags darauf aus »gut informierten Kreisen« aus der Polize und der israelitischen Kultusgemeinde nach außen drang, konnte die Veranstaltung um 24 Uhr schließlich doch noch stattfinden: im Gasthaus Magyar; Wien 14, Cumberlandstraße 31. Unsere emsige Staatspolizei hat es voller Engagement ermöglicht. Polizeipräsiden Bögl zeigte sich darauf angesprochen freilich betroffen und bestürzt und steht nicht an, Ermittlungen gegen die Verantwortlichen Stapozisten einzuleiten.

Eine Irving-Veranstaltung am 7. November in Waizenkirchen konnte, unseren Informationen gemäß, ungestört stattfinden. Vorträge in Salzburg und Innsbruck wurden wegen eines angeblichen Haftbefehls Österreichs gegen Irving nach Bayernverlegt werden.

Offener Brief an die israelitische Kultusgemeinde Wien

Anläßlich der antifaschistischen Kundgebung "STOP dem Lügenfeldzug des David Irving und der Nazipropaganda in Österreich!"

Wir, einige Antifaschistinnen und Atifaschisten, haben die Initiative der Israelitischen Kultusgemeinde Wien zur Protestkundgebung gegen Irvings Nazipropaganda begrüßt und haben an der Kundgebung teilgenommen.



Der eigentliche Skandal ist, daß die Israelitische Kultusgemeinde Wien mehr als 50 Jahre danach überhaupt in die Lage kommt, dazu aufrufen zu müssen. Jene wenigen jüdischen Menschen in Österreich, welche den Holocaust überlebt haben, oftmals fast alle Angehörigen verloren haben und selbst vielfach in KZs waren und das Schlimmste durchmachen mußten, müssen in Österreich 1989 gegen einen "Historiker" protestieren, der sie und Millionen Ermordete grausam verhöhnt. So sieht es hier also aus, ein Jahr nach dem sogenannten "Bedenkjahr". Uns erfüllt das mit Empörung und Haß. Es muß die fortschrittlichen Kräfte im Grunde beschämen, die solche Zustände nicht verhindern können.

Selbstkritisch müssen wir anmerken, daß von unserer Seite viel zuwenig mobilisiert wurde. Es muß schon sehr zu denken geben, daß so wenige Leute gekommen sind. Am Wetter kann es allein und vorrangig nicht gelegen sein.

Sicherlich kann es als gewisser Erfolg angesehen werden, daß Irving seinen "Vortrag" zur angekündigten Uhrzeit nicht so wie vorgesehen halten konnte. Doch was wäre eigentlich geschehen, wenn es *keine* Proteste gegeben hätte? Offensichtlich hätte Irving seinen Vortrag mit der Erlaubnis der Behörden *ohne weiteres* halten können.

Der Protest von Herrn Grosz als Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde Wien gegen die angegebenen *Gründe*, mit denen die Veranstaltung zunächst "abgesagt" wurde, sind gewiß berechtigt. Denn dabei wird als eigentliche Gefahr gar noch der antifaschistische Protest angeführt. Letztendlich konnte die Veranstaltung aber dann doch durch die tatkräftige Unterstützung der Staatspolizei durchgeführt werden. Jedoch trägt selbstverständlich das Innenministerium die volle Verantwortung dafür. Die vorgebrachten Ausreden sind ein wahrer Hohn.

Wir meinen, daß die Aufgaben des antifaschistischen Kampfes sich keineswegs erledigt haben; auch und gerade nicht die Notwendigkeit des Auftretens gegen den Antisemitismus. Dessen Vorhandensein und Weiterwirken ist bei den Ereignissen der Waldheim-Wahl deutlich sichtbar geworden. Die fortschrittlichen und linken Kräfte unterschätzen aber nach wie vor allzu oft die Notwendigkeit, dem Antisemitismus entgegenzutreten, für den nach wie

TATblatt-Adreßservice:

Dort hätten die Nazi-Veranstaltungen stattfinden sollen, bzw haben sie es sogar:

Klagenfurt:
Gasthof Müller; St Martin, Rankenweg 2
Auskunft: Oberst aD Schramayr; Strutzmannstraße 7; Telefon (0463)57075
Leoben:
Stadtsaal
Auskunft: DiplIngProf Karlheinz Tinti; Kärntnerstraße 295; Telefon: (03842)25572
Graz:
Messeschlößl; Einfahrt Münzgrabenstraße
Wien:
Parkhotel Schönbrunn; 13, Hietzinger Hauptstraße 10-14
Gasthof Sittler; 14, Linzerstraße 195
Gasthof Magyar; 14, Cumberlandstraße 31
Auskunft: Dr Herbert Fritz; Kuefsteingasse 21; Telefon: (0222)959708
Waizenkirchen:
Gasthof Weißes Lamm
Salzburg:
Kongreßhaus
Auskunft: Dr Ernst Gmachl; Bergheim 89; Telefon (0662)52164
Vorverkaufsstellen: Buchhandlung »Neues Leben«, Bergstraße
Innsbruck:
Gasthof Stiftskeller, Burggraben 31
Vorverkauf: Buchhandlung Herwig Widmoser; Maria-Theresienstraße 8
Telefon: (0512)584848
Bregenz:
Gösserbräu; Anton-Schneider-Straße 1
Auskunft: Gertraud Ohrlich; Telefon (05552)651974

Quelle: »Der Volkstreue« 4/89; Amtliches Telefonbuch

Achtung!
Bitte nicht verwechseln: Die angeführten *Auskunfts*personen sind der »rechts-nationalen« Zeitung *Der Volkstreue* entnommen, also mutmaßlich vielleicht nicht sonderlich gutgesinnt.

vor ein seht fruchtbarer Boden vorhanden ist.

Mit Erstaunen und Unverständnis haben wir allerdings gehört, daß Herr Grosz als Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde Wien vor der Polizei und den Nazis dahinter auf der Kundgebung erklärte, hier werde *nicht* zusammen mit "autonomen Gruppen" demonstriert. Wir sind der festen Überzeugung, daß eine solche Distanzierung der Sache des gemeinsamen antifaschistischen Kampfes sehr schadet. Kann den eine solche Ausgrenzung wirklich im Interesse der Israelitischen Kultusgemeinde liegen?

Wir müssen schon fragen: Ist der Sache wirklich gedient, wenn kein Problem darin gesehen wird, daß etwa die Junge ÖVP als Unterstützerin der Aktion aufscheint; jene Junge ÖVP, welche nichts dabei findet, daß ein Herr Graff[1] in ihrer Partei an prominenter Stelle steht und deren Mitglieder bei der Aktion schon eher mit der Lupe gesucht werden mußten — während autonome AntifaschistInnen als nicht bündnisfähig hingestellt werden.

Wir möchten auch sehr stark zu bedenken geben, daß diese "autonomen Gruppen" sowie auch andere Gruppen links von den "anerkannten"Parteien, die Herr Grosz möglicherweise in seine Distanzierung einschließt, in den letzten Jahren mehr als einmal bewiesen haben, daß sie *in der Tat* gegen die braune Pest auftreten

Wir möchten in diesem Zusammenhang an das euch sicher bekannte Niemöller-Gedicht erinnern, in dem es sinngemäß heißt: Erst holten sie die Kommunisten, und wir haben geschwiegen, dann holten sie die Sozialisten, und wir haben geschwiegen, dann holten sie die Juden, und wir haben geschwiegen, dann holten sie die Christen und es gab niemanden mehr, der schweigen konnte.

Auch heute noch besteht die Aufgabe, Jüdinnen und Juden vor faschistischen und antisemitischen Übergriffen zu schützen. Ebenso muß gesehen werden, daß es heute neben den jüdischen Menschen auch Ausländerinnen und Ausländer, Asylsuchende usw zu schützen gilt.

Die Gefahr der massiven Repression und Verfolgung besteht aber natürlich auch für jene lautstark verteufelten Linken, die aus ihren Erfahrungen sowie aus der Anschauung des unfaßbaren Elends in dieser Welt usw die Schlußfolgerung gezogen haben, daß diese Verhältnisse radikal, dh von Grund auf, verändert werden müssen.

Sollte jene Distanzierung von antifaschistischen Mitprotestierenden auf der Kundgebung ausgerechnet jenen zuliebe erfolgt sein, welche die politische Verantwortung für das Stattfinden dieser Provokation tragen? Also jenen ehrenwerten bürgerlichen "Spitzen" der Gesellschaft in Staat, Politik und Wirtschaft, die sich vor laufender Kamera im "Bedenkjahr" gerne auf irgendwelchen Emporen mit ihren "jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern" zeigen, in Wirklichkeit die jüdischen Menschen seit 1945 im Grunde äußerst mies behandelt haben (siehe die beschämenden Entschädigungsbrosamen, um die sehr viele sogar noch gebracht wurden).

Was nun die "Vermummung" angeht, die allem Anschein nach der äußere Auslöser dieser mehr als unglücklichen Distanzierung war, bitten wir folgendes zu überlegen: Die jüdischen Gemeinden haben sehr gut daran getan, das Recht auf Selbstschutz durchzusetzen. Auf Demonstrationen, antifaschistischen Aktionen usw

halten es auch viele von uns jedoch für ratsam, sich zu schützen, und sei es nur im Form einer Vermummung, welche auf Fotos und Filmen die Identifizierung erschwert. Wir haben immer wieder die Erfahrung gemacht, daß die Nazis gezielt filmen. Der Zweck ist ja klar: Das ist Teil und Vorbereitung faschistischer Überfälle und Morde.

Wir machen auch keinen Hehl aus der Meinung vieler von uns, daß sich diese Vermummung als Schutzmaßnahme mindestens ebenso gegen die Staatspolizei richtet. Diese filmt Jahr um Jahr systematisch die TeilnehmerInnen von Demonstrationen, und seien sie sogar noch so friedlich und ordnungsgemäß angemeldet. An die harmlose Absicht dieser Bespitzelung glauben wir nicht; nicht nach dem, was schon alles passiert ist, und was in Zukunft noch möglich sein kann. Bedenkt bitte zB einmal die Tatsache, daß die Mitglieder der "Republikaner" in der BRD und in Westberlin zu einem sehr großen Teil Angehörige der staatlichen Exekutive sind, und was dies für verheerende Konsequenzen haben kann.

Niemand kann ausschließen, daß die Staatspolizeiunterlagen auch hierzulande zukünftig zur Durchführung schlimmster Verbrechen herangezogen werden. Deshalb finden wir es auch richtig, daß die jüdische Gemeinde in Westberlin aus bösen Erfahrungen der Vergangenheit heraus ihren Mitgliedern empfohlen hat, die sogennante "Volkszählung" zu boykottieren.

Daß Irving letztendlich unter der Schirmherrschaft der Staatspolizei die Veranstaltung durchführen konnte, bestätigt nur eine Erfahrung, die wir immer und immer wieder machen mußten: Die Polizei hat offensichtlich den Auftrag, die Faschisten *gegen* unseren antifaschistischen Protest zu schützen. *Das* ist die Realität, die zählt, und nicht etwa die bloß auf dem Papier stehenden Gesetze. Jüngstes Beispiel: Die Polizei prügelte erst am Samstag vor Irvings Auftritt Antifaschistinnen und Antifaschisten verschiedener Nationalitäten, welche gegen ein internationales Treffen der türkischen faschistischen Terrorbande "Graue Wölfe" in Wien protestierten.

Wir hoffen, daß mit dieser Kritik dennoch unser solidarisches Anliegen deutlich geworden ist. Wir werden so oder so bemüht sein, den Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Faschismus in allen Spielarten zu unterstützen, hier und international, überall, wo es nötig ist.

Wir bitten euch, diese Argumente und Gesichtspunkte zu überlegen und uns eine Antwort zukommen zu lassen. Eure Antwort würden wir gerne überall dort veröffentlichen, wo auch dieser Brief veröffentlicht wird. Wir schlagen vor, daß ihr das ebenfalls macht.

Einige Antifaschistinnen und Antifaschisten, die mit der Distanzierung auf der Kundgebung nicht einverstanden sind.

7. November 1989

Kontaktadresse: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11, c/o TATblatt

---

[1] Graff erklärte 1987: "Solange nicht bewiesen ist, daß er (Waldheim) mit eigenen Händen sechs Juden erwürgt hat, gibt es kein Problem"

Graue Wölfe in Wien

Am Samstag den 4.11. kam es in Wien zu einer Demonstration von ca. 150 TürkInnen und KurdInnen und einigen Autonomen gegen eine Veranstaltung der türkischen Faschisten "Graue Wölfe".

(TATblatt-Wien)

Nach außen hin werden diese Veranstaltungen stets als "Kulturveranstaltungen" ausgegeben, in Wirklichkeit geht es um faschistische Propaganda. Die Veranstaltung am Samstag fand im 7.Bezirk, im Hotel Wimberger statt (ein schon oftmals benutzter Veranstaltungsort der Faschisten).

Natürlich war auch die Polizei anwesend, um diese Veranstaltung zu schützen.

Bei den nahegelegenen Straßen- bzw. U-Bahn Stationen standen mit Armschleifen gekennzeichnete Faschistentrupps, die etwaige DemonstrantInnen schon vor dem Veranstaltungsort abfangen sollten. Bis ca. 14 Uhr blieb alles ruhig. Plötzlich rannten jedoch ca. 150 Menschen vom Urban-Loritz-Platz über den Gürtel und versuchten ins Hotel Wimberger einzudringen, warfen mit Steinen auf die riesigen Hotelfenster, blockierten mit Strohballen (die zufällig so rumgelegen sind, aus irgendeinem Grund halt) den Verkehr.

Die Polizisten befanden sich zu diesem Zeitpunkt völlig in der Defensive.Unter dem Steinhagel formierten sie sich nur äußerst zögernd und sie konnten vorerst nur die DemonstrantInnen am Eindringen ins Hotel hindern.

Im Eingang des Hotels befanden sich zwei "graue Wölfe", die beide, als die DemonstrantInnen in Richtung Eingang stürmten, die Pistole zogen. Für diese Faschisten brachte die Polizei kein Interesse auf, die beiden verschwanden unbehelligt im Hotelinneren. Erst als Verstärkung eintraf, begannen sie massiv auf die AntifaschistInnen einzuprügeln.

Die TürkInnen und KurdInnen verfielen jedoch nicht in Panik, sondern bildeten einen Block, um der Polizei Festnahmen zu verunmöglichen. "Tod dem Faschismus in der Türkei" und "Die Polizisten schützen die Faschisten" wurde gerufen.

Als dann nach einiger Zeit der erste ArrestantInnenwagen eintraf, beschloß die Demo, sich aufzulösen und mensch verschwand mit den öffentlichen Verkehrsmitteln.

Fazit dieser Demonstration: Keine Festnahmen

Geschlossenes Vorgehen gegen das Faschistenlokal

Verblüffte Polizisten mußten sich mit dem Wegräumen der Strohballen begnügen.

Diese Veranstaltung wurde von der sog. "Türkischen Kultur Föderation" organisiert; es war das erste mal, daß die grauen Wölfe eine Veranstaltung mittels Plakaten öffentlich angekündigt hatten. Sie wollen provozieren und ihre Stärke unter Beweis stellen.

Die österreichischen Behörden brauchen sie dabei nicht zu fürchten. Stets werden ihre Veranstaltungen von der Polizei beschützt. So 1981 im ÖGB-Kongreßhaus, 1987 in ihrem Wiener Lokal (Hornbostelgasse, 6.Bezirk) als der Faschistenführer Türkes nach Österreich kam.

Zuletzt kam es am 1.November in Wien zu einer Messerstecherei, als 4 linke Türken Flugblätter in einem Lokal verteilten und dabei von grauen Wölfen attakkiert wurden. Zwei Flugblattverteiler wurden sofort verhaftet, und ihnen die Messerstecherei unterstellt. Sie sitzen in U-Haft und sollen wegen Mordversuchs angeklagt werden.

Über die Heimat der "Grauen Wölfe"

MHP, Partei der nationalen Bewegung

Die MHP, die nach dem Putsch von den Militärs verboten wurde, war eine faschistische Partei. Sie wurde seit ihrer Gründung durch den Altfaschisten Alparslan Türkes (Anrede Basbug — Führer — Duce) geführt. Ihr Parteiprogramm knüpft ganz offen an den deutschen und italienischen Faschismus an.

Tarn- und Nebenorganisationen:

Ursprünglich war die MHP hauptsächlich eine Jugendorganisation. Später besaß sie auch Organisationen in der Armee, im Polizei- und Verwaltungsapparat, in den Berufsverbänden und unter den Arbeitern. Außerhalb ihres eigentlichen Parteiapparats unterhielt die MHP noch zahlreiche Nebenorganisationen. Als solche wurden bekannt:

Ülkü Ocaklari (Idealisten-Gemeinschaften), Büyük Ülkü Dernekleri (Große Idealistenvereine), Ülkücü Gencler Dernekleri (Vereine der Idealistischen Jugendlichen), Ülkü-Tek und Ülkü-Sen (Nationalistische Lehrer- und Gewerkschaftsverbände) und MISK (Gewerkschaften). Diese Organisationen wirkten legal.

Darüber hinaus gründete sie illegale Organisationen, deren Aufgabe darin bestand, terroristische Aktionen durchzuführen.Dies waren z.B. Esir Türkler Kurtulus Ordusu, ETKO (Befreiungsarmee der verskiavten Türken), Türk Intikam Tugaylari, TIT (Türkische Rache-Brigaden), Türk Yildirim Komandolari, TYK (Türkische Blitzkommandos).

Die Ideologie der MHP ist:

1.) pantürkisch oder panturanistisch, d.h. alle Türkvölker sollen in einem einzigen Staat "vereinigt" werden. Darüber hinaus werden auch frühere türkische Gebiete wie z.B. Saloniki oder Zypern beansprucht. So schreibt Alparslan Türkes in Ülkücüye Notlar (Notizen eines Ideali-

sten):"Wo es auf der Welt einen Türken gibt, da fangen unsere Grenzen an."

2.) antisemitisch und gegen alle in der Türkei lebenden Minderheiten wie ArmenierInnen, GriechInnen, KurdInnen, Yesidi, syrische ChristInnen etc. gerichtet. So drohte der MHP-Ideologe Nihal Atsiz:" Wenn ihr Kurden weiter Eure primitive Sprache sprecht ..., werdet ihr von den Türken auf dieselbe Weise ausgerottet werden, wie man schon die Georgier, die Armenier und die Griechen bis auf die Wurzeln ausgerottet hat. Und selbst wenn Ihr 100 Prozent der Bevölkerung bildet, müßt Ihr Euch fortscheren. Ihr könnt die UNO bitten, Euch eine neue Heimat in Afrika zu geben, sonst wird die geduldige türkische Rasse zu einem tobenden Löwen, den niemand aufhalten kann.

3.) wie bei faschistischen Parteien üblich zugleich antikapitalistische und antikommunistische Demagogie, wobei aber in der Praxis mit dem Großkapital zusammengearbeitet wird. So bot "Basbug" Türkes die MHP den türkischen Unternehmern und ihren internationalen Freunden stets als schlagkräftiges Instrument zur Spaltung und Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung an. Für diesen Zweck hatte die MHP eine eigene Gewerkschaft (MISK) und eine Vielzahl faschistischer Berufsorganisationen wie die nationalistischen Bauern-,Handwerker- und Frauenvereinigungen gegründet.

4.) antiliberal, antipluralistisch und antidemokratisch. Ihre Organisation ist auf einen Führer ausgerichtet und durch und durch autoritär.

Die MHP trainierte seit 1968 unerfahrene Jugendliche in Ausbildungslagern zu Terrorkommandos (Graue Wölfe). Die Jugendlichen wurden in diesen Lagern durch eine Art antikommunistische Gehirnwäsche zum Haß gegen Liberale, Sozialisten und Kommunisten "erzogen" und dazu gedrillt, auf Befehl des Parteiführers Türkes jeden Menschen zu ermorden. Durch ihre Beteiligung an der Regierung der Nationalistischen Front gelang es der MHP ab 1975 wichtige Positionen im Staatsapparat, der Polizei, dem Geheimdienst und dem Bildungswesen zu besetzen und damit eine breite Basis für eine relativ ungehinderte Entfaltung ihres Terrors auf der Straße zu schaffen.

Ab 1975 war sie für zahlreiche politische Morde verantwortlich, die Angst und Unsicherheit verbreiten und einen Bürgerkriegszustand schaffen sollten und schließlich zur Machtergreifung der Faschisten führen sollten. 1978-1980 verschärfte sie ihren Terror so weit, daß dieser Zustand (Bürgerkrieg) in etwa erreicht war.

Zu diesem Zeitpunkt entschied sich die herrschende Klasse der Türkei jedoch für die Militärdiktatur, da die MHP trotz allen Terrors es nicht vermocht hatte, die ArbeiterInnenbewegung, die sich der damaligen Sanierungspolitik in den Weg stellte, zu zerschlagen.

Die Terrorbanden der MHP, die Grauen Wölfe, ermordeten von 1975-1980 über 5000 Menschen.

Finanziert wurde die MHP durch beträchtliche Geldbeträge vom türkischen Großkapital, das in ihr ein Mittel zur Einschüchterung und Zerschlagung der wachsenden demokratischen Bewegung sah. Außerdem bezog die MHP beträchtliche Gelder aus Beteiligungen an Industrie- und Handelsunternehmen. Große Geldbeträge wurden auch aus dem Kleinhandel und von Handwerkern durch Androhung von Gewalt herausgepreßt. Des weiteren floß der Partei viel Geld aus dem Ausland zu. Ein Teil stammte aus dem Rauschgiftschmuggel.

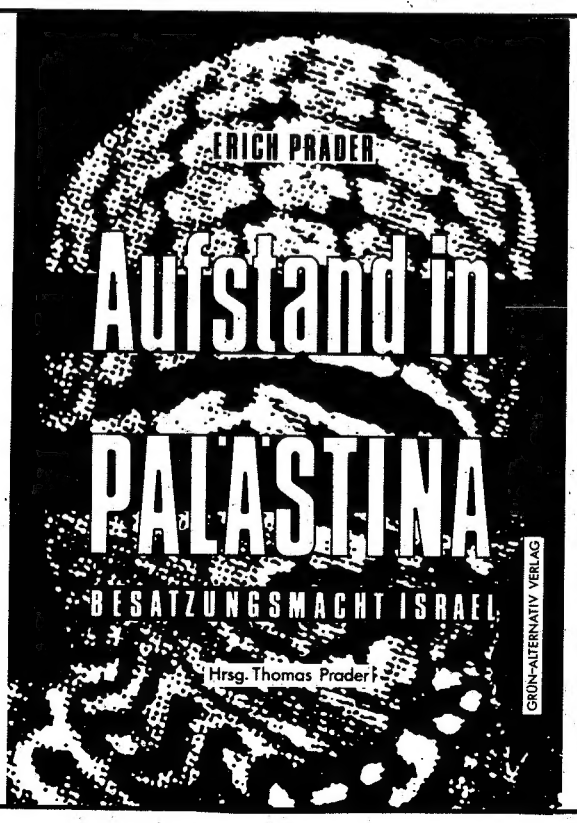
In Westeuropa sind die Faschisten in der sog. "Türkischen Kultur Föderation" organisiert. Besonders stark sind sie in Belgien und in der BRD. In der BRD haben sie 111 Vereine mit 26.000 Mitgliedern. Damit sind sie die weitaus mitgliederstärkste politische Organisation unter den türkischen ArbeitsemigrantInnen. Ihr Einfluß ist in Wirklichkeit jedoch noch wesentlich größer, da sie eine starke Position in den Islamischen Kulturzentren (IKZ) haben, welche in der BRD 150 Zweigstellen unterhalten und insgesamt 18.000 Mitglieder haben (Stand 1985).

Die türkischen Faschisten stecken tief im Waffen- und Drogengeschäft. Weiters arbeiten sie auch im Ausland daran, die Linke zu bekämpfen. So wurde zuletzt im September 1988 ein Mitglied der DEV-SOL (Revolutionäre Linke) von den Grauen Wölfen in den Niederlanden ermordet.

In der Türkei selbst sitzen die Faschisten immer noch in den höchsten Posten. Außerdem haben sie sich eine eigene Mafia aufgebaut, die im Rauschgifthandel tätig ist, und dafür sorgt, daß offene Kredite, auf welche Art auch immer, zurückgezahlt werden. Bei all diesen Aktivitäten helfen ihnen ihre guten Kontakte zur türkischen Polizei.

Quelle:Türkei/Eberhard Schmitt(Hrsg.); Express Edition GmbH, 1985

NEU:



dieses Buch erhältst du, wenn du öS 248.— auf das Konto 31012200062 bei der Ersten österreichischen Sparkassa, Empfänger Dr Thomas Prader, überweist.

FPÖ fordert:
Zwangsarbeit für AsylantInnen

(TATblatt-Wien)

"Von Marxisten und Ultralinken bedroht" sieht sich Wolfgang Rauter, der burgenländische FP-Landesobmann. Gemeint sind damit Grüne und SP, die der burgenländischen FP Rechtsextremismus und AusländerInnenfeindlichkeit vorwarfen, insbesondere Rauter und dem FP-Landtagsabgeordneten Nicka. Nicka wurde auch dadurch bekannt, daß er sich gerne mit "Judenwitzen" in Szene setzt.

Im Gegenzug produzierte die FP-Burgenland ein Papier zur Asyl- und AusländerInnenpolitik, das von Aggressivität und AusländerInnenhaß nur so strotzt: die "Wertvollen" dürfen bleiben, "mit einem Asylantrag soll eine automatische Arbeitsverpflichtung und -zuweisung eintreten", "österreichische Arbeitsplätze sollen von Österreichern besetzt werden" und natürlich "Kein Wahlrecht für Ausländer!"

Wir bringen in dieser Nummer einige Auszüge als grauslichen Vorgeschmack und dokumentieren in der nächsten Nummer den ganzen Text plus Kommentar.

FPÖ-Landesparteileitung stellt sich voll hinter Egi Nicka

Utl: Ultralinke Agitation von SPÖ und Linksalternativen von Ahnungslosigkeit gekennzeichnet

RESOLUTION ZUR AUSLÄNDERFRAGE

Die Landesparteileitung der Freiheitlichen Partei Österreichs, Burgenland, beobachtet mit größter Sorge den Zustrom von Ausländern nach Österreich. Dieser ist mit einer bedrohlichen Zunahme von Scheinasylanten, Kriminellen usw. verbunden und bringt Probleme mit sich, die die Grundlagen unserer Identität und Kultur untergraben. Insbesondere ist dem Rauschgiftimport und -transit sowie den Spionageringen und ausländischen Geheimdiensten Tür und Tor geöffnet.

kann. Aus der Tatsache einer freiwilligen beruflichen Tätigkeit in Österreich läßt sich grundsätzlich kein Heimatrecht in Österreich ableiten.

Den üblen Vorschlag, unser Geburtendefizit durch Zuwanderung aus Osteuropa und aus den Balkanländern auszugleichen, lehnen wir als bevölkerungspolitischen Wahnsinn ab.

In vielen Schulen ist der Ausländeranteil bereits so hoch, daß das Unterrichtsniveau erschreckend absinkt. Aus linken Ecken kommt dazu der Vorschlag, bei der Bestimmung der Mindestschüleranzahl von Klassen Ausländerkinder doppelt zu zählen. Wir lehnen derartige Ansinnen, die eine krasse Diskriminierung der ansässigen Mehrheit darstellen und die dem Geiste unserer Vefassung widersprechen, aufs Schärfste ab. Wir fordern dagegen Maßnahmen, die unseren Kindern bestmögliche Ausbildung gewährleisten, damit unser aller Zukunft in gute Hände gelegt wird.

Wir fordern:

1) Mit einem Asylantrag soll eine automatische Arbeitsverpflichtung und -zuweisung eintreten. So würden auch Arbeitsscheue von bequemen Asylurlauben in Österreich abgehalten.

2) Asylanten und Ausländer, die österreichisches Recht verletzen, sind nach ihrer Aburteilung bzw. unverzüglich in ihre Heimat abzuschieben.

3) Kein Wahlrecht für Ausländer!

4) Österreichische Arbeitsplätze sollen von Österreichern besetzt werden, wenn nicht besondere österreichische Interessen entgegenstehen. Im Sinne unserer Neutralität ist auf weitestgehende Autarkie auf dem Arbeitsmarkt zu achten.

B·A·C·H

DAS BEISL

Bachgasse 21,
1160 Wien,
450 19 70

Durch den Start des Hausprojektes Bachgasse 21 ergab sich die Möglichkeit das Gebäude nicht nur zu Wohnzwekken zu gestalten, sondern auch Raum für öffentliche Zwecke zu schaffen und damit politische Aktivitäten in (relativ) unabhängiger Weise zu ermöglichen.

Es fanden bereits im Winter 88/89 einige Treffen von Leuten, die sich für alternative Lebensgestaltung interessieren, statt. Es wurden viele Ideen diskutiert (zB Gründung des Stadtteilzentrums und einer Kindergruppe), unter anderem die Installierung eines Beisls in den Kellerräumen.

Ein "Gastgewerbebetrieb" bietet einerseits die Möglichkeit selbstbestimmte Arbeitsplätze zu schaffen, andrerseits Raum für das Zusammentreffen von Menschen, um politisch-kulturell tätig zu sein.

Die Beislgruppe besteht zum jetzigen Zeitpunkt aus 4 Personen, die das Lokal als selbstverwalteten Betrieb führen wollen.

B.A.C.H. ist Sonntag bis Donnerstag, jeweils von 18-02 Uhr und Freitag und Samstag von 18-04 Uhr geöffnet. Vegetarische Gerichte bilden den Schwerpunkt unserer Speisekarte. Die Getränkekarte umfaßt, neben unpasteurisiertem Bier aus Freistadt (OÖ) und Weinen aus biologischem Anbau, viele Frucht- und Gemüsesäfte.

Mittwoch und Freitag sind die Hauptveranstaltungstage, an denen die Kulturgruppe des Stadtteilzentrums von Disco über Konzerte bis hin zu Filmvorführungen, Diskkussionsveranstaltungen, Lesungen und Theateraufführungen ein breites Angebot bieten wird.

Beginn dieser Veranstaltungen ist 21^{30} bzw 22^{00}.

Das langersehnte Fest wird am 17. November stattfinden!!

Zensur im Westen

Mitte Oktober erschien auch im deutschen Sprachraum ein Buch, das schon Monate vorher Schlagzeilen wert war. Die "Satanischen Verse" Salman Rushdie's waren schon weltberühmt gewesen, als sie in Europa noch gar nicht erhältlich waren.

(TATblatt-Wien)

Mit einiger Verzögerung kam das Buch nun auch nach Österreich, und — wie TatblattleserInnen in unserer letzten Ausgabe erfahren haben — stieß auch hier sofort auf Schwierigkeiten: Es durfte auf der österreichischen Buchwoche nicht ausgestellt werden

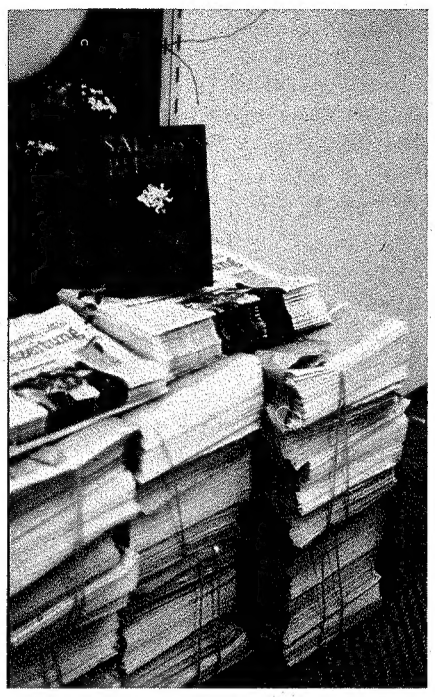
Zur Vorgeschichte: Blasphemie und Verletzung des islamischen Glaubenempfindens wurden dem indischen Autor vorgeworfen, der seither auf der Flucht vor denen lebt, die mit seiner Ermordung drohen.

Einige Zeit nachdem die englische Ausgabe erschienen war, hatte sich auch im deutschen Sprachraum eine Gruppe von Verlegern gefunden — unter ihnen auch die österreichische IG-Autoren —, die das Buch gemeinsam herausbringen wollten. Als geeigneten Rahmen für die Erstpräsentation des Buches wurde die Frankfurter Buchmesse gewählt — sowohl zeitlich als auch von ihrer internationalen Bedeutung her ein idealer Ort. Man wollte ein Zeichen setzen gegen Zensur und Verfolgung Andersdenkender. Nicht zufällig war das Motto der diesjhrigen Buchmesse "Frankreich" (im 200sten Jahr nach der Revolution).

Was schon fix angekündigt und von Teilen der Öffentlichkeit bereits mit Spannung erwartet wurde, fand — trocken gesagt — einfach nicht statt: keine Präsentation, kein Auftritt des Autors, kein Erscheinen des Buches, nicht einmal eine Diskussion darüber. Offiziell hieß es ebenso trocken, man könne nur so die Sicherheit der Besucher und Aussteller gewährleisten. Störaktionen und Terroranschläge von islamischen Fundamentalisten seien befürchtet worden.

Daß das nicht der einzige Grund für die bewußte Verzögerung der Herausgabe des Werkes gewesen sei, behauptet — nicht nur — der Freistädter AHRIMAN VERLAG. so heißt es in einer seiner Flugschriften: "*...daß mit der Verfolgung des Dichters die letzten Überreste der Französischen Revolution liquidiert und altbekannte Zustände eingeführt werden sollen: die Zeit der Ketzerprozesse und Scheiterhaufen, das klassische Mittelalter, in der die Religion das Sagen hat und auf Vernunftgebrauch die Todesstrafe steht.*"

Und als Zeichen dafür, wie wenig man im "christlichen Westen" interessiert war, das Erscheinen des Buches zu fördern wird in einem weiteren Flugblatt der englische



Außenminister Howe zitiert: "*Wir verstehen, daß sie (Menschen islamischen Glaubens, Anm. d. Red.) sich von dem Roman zutiefst verletzt fühlen. Das Buch ist ja noch in manch anderer Hinsicht anstößig. Es äußert sich kritisch über unsere Regierung und unsere Gesellschaft ... Wir schätzen das genausowenig wie die Muslime die Angriffe auf ihren Glauben. Wir stimmen mit dem Inhalt nicht überein, haben keine Sympathie dafür und unterstützen das Buch in keiner Weise.*"

In der BRD kündigten einige Politiker schon an, gegen das Buch mit § 166 StGB vorzugehen: Gotteslästerung.

Bisher genügt aber anscheinend eine moderne Form der Zensur: So lange verzögern bis das Thema kein Thema mehr ist, Ausschluß des Autors von Funk und Fernsehen, und wie jetzt eben auf den Messen in Frankfurt und in Wien: Ausstellungsverbot unter Angabe fadenscheiniger Ausreden.

Viel leichter macht man sichs übrigens in Südafrika. Dort wurde das Buch gleich verboten. "Aus Rücksicht auf den islamischen Teil der Bevölkerung", versucht uns die Vertretung der Südafrikanischen Verlegerschaft auf der Frankfurter Messe zu versichern.

Nur wenige Aussteller der Messe versuchten trotz Ausstellungsverbot und nicht stattfindender Diskussion aktiv Stellung zu beziehen: so stellte der Ahriman Verlag ein neues Portrait des Autors vor (Peter Priskil: Salman Rushdie), und die Westberliner TAZ präsentierte demonstarativ die englische Ausgabe der Satanischen Verse auf ihrem Stand.

Eine breitere Diskussion über Zensur und Toleranz (‚wie immer man diese Wort verwendet) konnte allein dadurch natürlich nicht angefacht werden.

Kindesmißhandlung im Grazer LSKH

Ein "Ausrutscher"?

(TATblatt-Graz)

Die bekannt gewordene Kindesmißhandlung im Grazer Landes-Sonderkrankenhaus (LSKH) war kein Einzelfall, die Mißhandlungen sind bis mindestens '86 nachweisbar. Um dies aufzuzeigen brachten am 7.11.89 die Grün-Alternativen im Steirischen Landtag eine dringliche Anfrage ein. Darin wurde die Ausgliederung der heilpädagogischen Abteilung aus dem LSKH (Psychiatrie) gefordert.

Die Grünalternativen zeigten auf, daß genau genommen fünf Regierungsmitglieder für den Bereich der behinderten Kinder im LSKH zuständig sind (Spitalslandesrat, Behindertenwesen, Vorsorgemedizin, Landeshauptmann für das Rettungswesen, Personalpolitik).

Forderung der GAL ist, die Behindertenagenden sollen alleinige Soziallandesratskompetenz und aus dem Krankenhausbereich herausgenommen werden.

Der bekanntgewordene Mißstand sei kein Einzelfall, sondern systemimmanent — die Leute, die im LSKH mit den Behinderten arbeiten sind überfordert — es geht nicht nur um die Abstellung der Mißhandlungen, sonder darum daß die Kinder eine Chance bekommen, in dieser Gesellschaft menschenwürdig zu leben.

Als Übergangslösung forderte die GAL die Einstellung von arbeitslosen SonderpädagogInnen (SonderschullehrerInnen) vom Land.

Repression in Guatemala

In einem Brief "an alle FreundInnen der Solidarität" ersuchte kürzlich das guatemaltekische "Kommitee der LandarbeiterInnen"(CUC) um internationale Unterstützung im Kampf um die Rechte der LandarbeiterInnen, vor allem aber um Schutz vor der Gewalttätigkeit der Regierung Guatemalas und deren Helfershelfer: der Todesschwadronen.
Seit Anfang August dieses Jahres sehen sich die Mitglieder der guatemaltekischen Volksbewegung, der Gewerkschaften, der Menschenrechtsgruppen und der StudentInnenvereinigung der schärfsten Repressionswelle seit fast 5 Jahren ausgesetzt.

(TATblatt-Wien)

Allein innerhalb zweier Wochen wurden mindestens zehn Mitglieder der Menschenrechtsorganisation GAM (die sich um das Schicksal der "Verschwundenen" kümmert) und der StudentInnengruppe AEU entführt und ermordet. Im gleichen Zeitraum (also zwischen 10. und 25.August) explodierten vor den Büros dieser Organisationen Granaten, die mehrere Menschenleben und Verletzte forderten. Als besonders typische Form der Gewalt gegen LandarbeiterInnen wird im Brief die Ermordung von neun Kechie-Indianern durch das Militär am 19.August bezeichnet. Die neun Männer waren Mitglieder einer sogenannten "Patrouille der zivilen Selbstverteidigung", die unter militärischem und sozialem Zwang zusammengestellt werden, und gerieten während ihres Patrouillenganges angeblich "irrtümlich" vor die Gewehre des guatemaltekischen Militärs. "Dieser Vorfall hat 23 Waisen und 9 Witwen hinterlassen und ist die 13. Massenhinrichtung dieses Jahres...."(Brieftext). Die Opfer waren fast ausschließlich IndianerInnen.

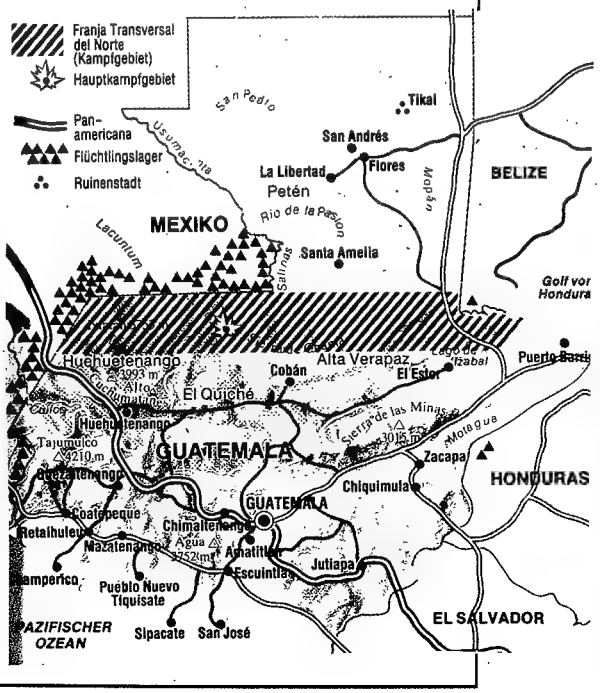
Die Gewalt der Regierung und des "Sicherheitsdienstes" richtet sich sicherheitshalber gegen alle und jede/n, denn die herrschende Schicht Guatemalas scheint in den letzten zwei Jahren gehörig in Bedrängnis gekommen zu sein. Keine Methode der Aufstandsbekämpfung konnte bislang die immer lauter ihre Freiheit einfordernde, vorwiegend indianische Bevölkerung "beruhigen". Im Gegenteil: Hatte ein großer Teil der Bevölkerung noch 1987 auf die soziale Tristesse mit Wahlenthaltung reagiert, so beteiligte sie sich dieses Frühjahr in Massen an Streiks und organisierten Widerstandsaktionen.

Dabei sollte Guatemala einst, wäre es nach der United Fruit Company (Guatemalas größte Landbesitzerin) gegangen, das Vorzeigebeispiel erfolgreicher US-amerikanischer Aufstandsbekämpfung schlechthin sein.

Der Versuch der Enteignung brachliegenden Landes der United Fruit Company (Chiquita) seitens einer links-liberalen Regierung endete 1954 mit dem Einmarsch einer US-finanzierten Söldnertruppe — ähnlich der nikaraguanischen Contras. Doch anders als in den übrigen von US-Interventionen betroffenen Ländern Zentralamerikas verlegten sich die Bananenbosse im Falle Guatemalas nicht bloß auf reine Gewaltherrschaft. Ihrer Zeit um gute zehn Jahre voraus, begannen sie zu "modernisieren". Weltbank und US-Unternehmungen investierten in den Aufbau einer industriellen Infrastruktur, die die Rohstoffe der Nachbarländer zu Halbfertigprodukten für den US-amerikanischen Markt verarbeiten sollten. Die dazu notwendigen Arbeitskräfte wurden aus den Reihen der eben zuvor in den Genuß der Landreform gekommenen Indios und armen Ladinos rekrutiert. Ihnen wurde das Land mittels unbezahlbarer Grundsteuern wieder abgenommen und die Arbeit in den neuen Fabriken oder Kaffee- und Bananenplantagen aufgezwungen. Das solcherart zwangsindustrialisierte Land blieb auch weiterhin, etwa nach Gründung des gemeinsamen Marktes der Mittelamerikanischen Länder zwischen 1958 und 1963, Liebkind des US-amerikanischen Statedepartements. Ein knappes Drittel der zwischen 1960 und 1970 nach Mittelamerika fließenden Geldmittel fand seinen Weg nach Guatemala. Und 1962 eröffnete die Agency for International Developement (AID) ihr mittelamerikanisches Kontaktbüro in Cuidad de Guatemala. Die inzwischen berühmt-berüchtigte AID finanziert weltweit Pazifizierungsprogramme, die militärische Aktionen zur Aufstandsbekämpfung begleiten. In Guatemala, wo bereits in den frühen 60ern die ersten Guerillas den bewaffneten

Guatemala

Land der Maya, 1524 von einer Söldnerarmee unter der Führung des "Conquistadors" Hernando Cortez unter die Herrschaftsgewalt des spanischen Kolonialismus gebracht; bis 1821 spanische Kolonie. Von den etwa 7 1/2 Mio BewohnerInnen des knapp 109 000 Km^2 großen, sehr gebirgigen Landes gehören mehr als 70% den 22 verschiedenen indianischen Stämmen an (Die offizielle Statistik drückt diese Zahl auf unter 50%). Zwischen 1974 und 1985 hatten sich vier verschiedene Militärregimes gegenseitig durch Putsch abgelöst. Aus den "demokratischen Wahlen" 1985 ging der damals 42 jährige Kandidat der Christdemokraten Vincio Cerezo als Sieger hervor. Offiziell Wahlberechtigt wären etwa 4 Mio Menschen über 18 Jahren gewesen. In die Wahllisten aufgenommen wurden jedoch nur 2,75 Mio und an den Wahlen tatsächlich teilgenommen haben wenig mehr als 1 Mio. Cerezo war der erklärte Kandidat der US-Regierung und begann bereits nach kürzester Zeit mit der Durchsetzung einer IWF-diktierten Austeritätspolitik. Obwohl Guatemala neben El Salvador das weitestgehendst industrialisierte Land Mittelamerikas ist, muß es als reines Agrarland bezeichnet werden. 92% der Bevölkerung verfügen über weniger als 20% des Bodens, 2% über fast 75%.



Kampf aufnahmen, finanzierte AID den Bau von Transportstraßen in die Gebiete erhöhter Guerillatätigkeit. Als Arbeitskräfte wurden lokale Bauern herangezogen, die nach Abschluß der Bauarbeiten ihr Land verloren hatten (es war als brachliegend von Großgrundbesitzern "rechtmäßig" einverleibt worden) und so gezwungen waren, in den Fabriken der Städte Arbeit zu suchen. Trotz massenhafter Vertreibung der indianischen Bevölkerung vom Land in die Stadt regte sich nur relativ geringer Widerstand, denn die Eigenheiten Guatemalas begünstigen Versuche, die verschiedenen Bevölkerungsteile gegeneinander auszuspielen. Einer zahlenmäßig sehr kleinen, aber geschlossen auftretenden Oligarchie (65 Familien verfügen über 70% des bebaubaren Bodens) steht eine in 22 verschiedene indianische Stämme mit jeweils verschiedenen Sprachen oder Dialekten geteilte Unterschicht gegenüber, zu der auch noch arme Ladinos zu zählen sind. Die sprachlichen und ethnischen Unterschiede schienen bis vor wenigen Jahren praktisch unüberwindbar. Das Kleinbürgertum aus spanisch sprechenden BeamtInnen und Intellektuellen sah in den 60ern und frühen 70ern vor allem auf Grund des schaffelweise ins Land fließenden Geldes, seine Bedürfnisse befriedigt und machte keinerlei Anstalten, den eigenen relativen Wohlstand durch Opposition gegen jene, die ihn mit Gewalt aufrechterhielten, zu gefährden.

Als Mitte der 70er im Nordwesten des Landes Nickel und Erdöl gefunden wurden, verschärfte sich die Situation der dort seit Generationen ansäßigen Bevölkerung neuerlich. War gerade dieses Gebiet aufgrund seiner Unwegsamkeit und der Steilheit seiner Hänge für die Intensivbewirtschaftung nicht geeignet und daher fast ein Refugium der aus anderen Teilen des Landes flüchtenden Indios gewesen, so war es nun erst recht als Rohstofflager interessant geworden. Die Armee bombardierte unter dem Vorwand der Guerillabekämpfung indianische Dörfer und vertrieb die Menschen von ihrem Land. Die Vertriebenen flüchteten sich in die Berge, begannen in Gruppen umherzuziehen (zuvor hatten die IndianerInnen zumeist in weit gestreckten Streusiedlungen gelebt und waren so für das Militär sehr leicht angreifbar gewesen), geheime Felder und Siedlungen anzulegen und zu hoffen, daß diese den Augen der Militärs, denen modernste US-Kampfhubschrauber zur Verfügung standen, verborgen blieben. In dieser Zeit, Ende der 70er, ist auch eine Stärkung der Guerilla zu beobachten. In verschiedenen Landesteilen wurden kleine befreite Gebiete errichtet und über längere Zeit erfolgreich verteidigt. Doch immer noch standen Sprachprobleme und gutgenährte Ressentiments sowie die weitverbreitete Präpotenz der Ladinos, die in der Guerilla meist den Ton angaben, dem gemeinsamen Kampf gegen die Oligarchie und deren GeldgeberInnen in den USA im Wege. Viel Grund gab es für IndianerInnen ja nicht, den Ladinos in der Guerilla zu vertrauen. Oftmals waren sie es gewesen, die die Rache für Guerillaoperationen zu spüren bekommen haben; und oftmals war die in vier Fraktionen gespaltene Guerilla tatsächlich nicht in der Lage gewesen, die befreiten Gebiete, geschweige denn die außerhalb dieser Gebiete lebende Bevölkerung gegen die Militärs zu schützen. Mit dem Beginn der Reagan-Ära verschlechterte sich die Position der Guerilla und der sich langsam entwickelnden Volksbewegung rapide. Der mit modernsten Waffen zur Aufstandsbekämpfung ausgerüsteten Armee gelang es 1982 innerhalb weniger Monate, praktisch die gesamte Guerilla zu liquidieren. Seit damals sind nach Angaben des UN-Flüchtlingshochkommisärs mindestens 350 000 Menschen nach Mexico geflüchtet, wo sie in KZ ähnlichen Lagern gehalten werden. Schätzungen Amnesty Internationals zufolge sind mindestens weitere 1 Mio Menschen innerhalb des Landes auf ständiger Flucht.

1983 erklärte die "Neue Zürcher Zeitung" die Guerilla für tot. In Westberlin löste sich ein Guatemala-Solidaritätskommitee auf, weil die Mitglieder in ihrer Arbeit keinen Sinn mehr sehen konnten. Sie sahen einfach keine AnsprechpartnerInnen in Guatemala. In dieser Situation bewährten sich vor allem jene Gruppen, die bereits zuvor auf die Überwindung der bereits oben erwähnten Hindernisse der Einigung der guatemaltekischen Unterschicht hingearbeitet hatten. Organisationen wie das CUC (siehe Kasten) organisierten Versammlungen, suchten die verstreuten IndianerInnen zu einen und poli-

Rosario Pu Gomez; Mitglied des Comite de Unidad Campesina über:
die Arbeit und Politik des CUC

Das CUC begann seine Arbeit 1972. 1978, nach Jahren des Vorbereitens, des Erwachens, des Analysierens und Kennenlernens unserer Situation als Volk, unserer Gemeinden, am 15.April 1978, wurde es auf nationaler und internationaler Ebene zum erstenmal bekannt. Zum ersten Mal in der Geschichte entstand eine Bauernorganisation, die folgende Punkte forderte: Verfügung über das Land, Kampf für den Frieden, für das Leben, Recht auf Arbeit, Erziehung, Gesundheit, auf das unsere Rechte als indianische Völker respektiert werden. Dies forderten wir von Anfang an, als wir in die Öffentlichkeit gingen. Darauf reagierten die Reichen und die Armee. Sie sahen, daß es uns ernst war und sie meinten, daß sie unsere Anführer töten müßten. Dies seien kommunistische Ideen. Sie klagten uns als Subversive an, als üble Kommunisten, weil unsere gerechten Forderungen ihre Interessen bedrohten. 1980 konnte das CUC bereits 80 000 Bauern mobilisieren mit dem Ziel von Lohnerhöhungen für die ArbeiterInnen auf den Haciendas, was wir zum Teil auch erreichten. Dann kam das Massaker in der spanischen Botschaft, das Massaker an hunderten von Bauern. Die Repression wuchs im ganzen Land, aber das CUC bestand weiter. Sie vernichteten unsere Basis, unsere Führer, aber sie konnten uns nicht fertig machen. (...) Statt aufzuhören wuchs der Widerstand Und in letzter Zeit wuchs der Kampf des Volkes in Guatemala wieder. Es entstand ein Schritt zur Einheit der Volksbewegungen, der ArbeiterInnen, BäuerInnen, Bankangestellten, StudentInnen. Sie schlossen sich zusammen, um die verschiedenen Forderungen zu unterstützen. Das Volk erkennt die fundamentalen Bedürfnisse des Landes und unterstützt sie. Es ist auch positiv, daß die verschiedenen Organisationen von Guatemala auf dem Land und in der Stadt Forderungen stellen. D.h. daß die ArbeiterInnen der verschiedenen Sektoren, die BäuerInnen, Klarheit erhielten über die Bedürfnisse der anderen Sektoren und einander unterstützen. Wir haben gesehen, daß das grundlegendste Übel in Guatemala die Ungerechtigkeit ist. Deswegen ist das Volk unzufrieden, und das Problem sind nicht die IndianerInnen und die Ladinos, wie man uns weisgemacht hat. Es stimmt, die Diskriminierung existiert, aber das ist die Idee des Systems. Unsere Brüder und Schwestern Ladinos sind nicht schuld. Wir IndianerInnen, das CUC, müssen jetzt diese Situation klären. Wir müssen zusammen kämpfen, denn es gibt auch arme Ladinos.

Weniger als 20 Familien haben die Macht in Händen. Das Volk ist in der Mehrheit und muß sich wehren, wir müssen uns zusammenschließen. Ich glaube, das Volk gewinnt darüber langsam Klarheit, denn vorher gab es diese Forderungen kaum. Allerdings gibt es noch keine Antwort, aber im Jänner, im Februar gab es große Demonstrationen, Märsche, wo das CUC auch Mitglied der Gewerkschafts- und Volksunion wurde. So sehen wir die Volksbewegung, es gibt nicht nur das CUC. Die Gewerkschaften verlangen die Legalisierung des CUC, weil die Forderungen der BäuerInnen gerecht sind. Dazu sagt aber Vincio Cerezo, der Präsident: Wenn ihr euch legalisieren lassen wollt, dann unterwerft euch der Amnestie. Weshalb sollen wir uns der Amnestie unterwerfen? Wir sind eine Organisation der ArbeiterInnen. Wir akzeptieren die Amnestie nicht. Denn jene, die sie akzeptieren sind jene, die getötet haben, die geraubt und vergewaltigt haben. Wir aber müssen Taten nicht zugeben, die wir nicht begangen haben. Dies kommt also noch dazu, daß das CUC bedroht wird, es müsse sich der Amnestie unterwerfen.

aus einem Interview mit der Zeitschrift INCOMINDIOS; Schweiz, April 1988;

tisch zu schulen. Gleichzeitig schlossen sich die verschiedenen Guerillagruppen zur URNG zusammen (Nationale Vereinigung der Revolutionäre Guatemalas). Das Militär reagierte rasch. Um dem wachsenden Einfluß der Guerilla und der Volksbewegung auf die BewohnerInnen des Landes zuvorzukommen, entwickelte sie mit Unterstützung der AID den "Plan für Sicherheit und Entwicklung"(siehe Kasten). Die Arbeit in den "legal" auftretenden Gruppen der Volksbewegung, die vielfach aus IndianerInnen bestehen, hat zu einem eignen indianischen Selbstbewusstsein auch im Auftreten gegenüber den Ladinos geführt. Zum einen bilden IndianerInnen heute eigene bewaffnete Einheiten, die mit der URNG kooperieren; zum anderen nehmen IndianerInnen innerhalb der URNG führende Positionen ein. Die inzwischen wieder befreiten Gebiete werden entsprechend den Traditionen der dort lebenden Menschen verwaltet. Jedes Jahr werden SprecherInnen gewählt, die das Dorf nach außen zu vertreten haben. Innerhalb der Dörfer entstehen Komitees für Bildung, Gesundheit usw. Die anfallenden Arbeiten werden aufgeteilt, die Felder gemeinschaftlich bewirtschaftet.

In gleichem Maße hat sich aber auch die politische Situation in den Städten verändert. Die vor allem aus Ladinos bestehende Mittelschicht fühlt sich seit dem Ausbruch der "Schuldenkrise" von der Regierung (seit 1985 eine "demokratisch" gewählte) immer mehr im Stich gelassen. Da private Banken keine Kredite mehr vergeben, muß sich die Regierung an Weltbank und somit an den IWF wenden (die Erfüllung der vom IWF auferlegten fiskalischen und sozialpolitischen Maßnahmen sind voraussetzung für die Gewährung von Weltbankkrediten). Diese wiederum verlangen die rigide Durchsetzung eines Austeritätsprogrammes: Kürzungen bei Sozialleistungen, im Bildungsbereich, Kürzung der BeamtInnengehälter, Abwertung der Landeswährung etc. Diese Maßnahmen treffen aber die Mittelschicht weit härter als die Unterschicht, da diese ohnehin über keinerlei Geldmittel verfügte, keine eigentlichen Löhne erhielt und auch niemals die Schulbank drückte. Die Folge sind Streiks gerade in jenen gesellschaftlichen Bereichen, die früher als wesentlichste Verbündete der Oligarchie gegolten hatten, womit wir wieder am Anfang dieses Artikels angelangt wären: Beim Brief des CUC. Das Aufflammen der staatlichen Gewalt steht in direktem Zusammenhang mit der zunehmenden Einigung der Volksgruppen und dem politischen Erwachen der städtischen Mittelschicht. Im folgenden wollen wir stichwortartig die Entwicklungen seit Februar dieses Jahres skizzieren:

Februar:

Beginn des Dialogs der Regierung Cerezo mit der Opposition gemäß der Vereinbarung der mittelamerikanischen Staatschefs. Die Opposition kann nicht direkt an den Verhandlungen teilnehmen, weil sie nicht in der Lage ist, sich im herrschenden Klima der Repression als politische Partei offen zu etablieren. Vorerst kann sie aber auf Umwegen an den Verhandlungen teilnehmen. Die Gewerkschaftsbewegung UASP erklärt, am "nationalen Dialog" nicht teilnehmen zu können, da ihre Vorschläge von den Kommission des nationalen Dialogs ignoriert werden. Die Gruppe für gegenseitige Hilfe GAM (Menschenrechtsgruppe) fordert die Ermöglichung ihrer Teilnahme am nationalen Dialog. Die in mexikanischen Lagern festgehaltenen Flüchtlinge fordern direkte Verhandlungen mit Präsident Cerezo. Die URNG gibt bekannt, daß in der Zeit zwischen 10. und 19. Februar 113 Regierungssoldaten bei Kampfhandlungen gefallen sind. Der guatemaltekische Innenminister bestreitet die Existenz von Todesschwadronen in Guatemala. Im Departement Cuidad de Guatemala werden die Leichen von acht StudentInnen gefunden, darunter auch die des Sohnes eines linksgerichteten Lokalpolitikers.

März

Der Verband der verschiedenen privaten Wirtschaftstreibenden gibt bekannt, am nationalen Dialog nicht teilzunehmen. Die Aktivität der Todesschwadronen nimmt zu. Am 18.März werden die Leichen von acht zu Tode gefolterten Bauern gefunden. Die Bauern der Ortschaft Xepac berichteten, sie wären von der Armee für den Fall, daß sie sich weiterhin weigerten, an den zivilen Selbstverteidigungspatrouillen teilzunehmen, mit dem Tode bedroht worden. Nach Angaben der URNG hätten in verschiedenen Teilen des Landes Armee-Einheiten in ihren Lagern weiße Fahnen gehißt, dann aber auf sich nähernde Menschen, die auf das Zeichen der Fahne vertrauten und ihre Geschäfte erledigen wollten, geschossen. Die Regierungsarmee erlitt allein in den ersten zwei Wochen des März 169 Verluste. Das CUC droht für den Fall des Abbruchs der Lohnverhandlungen seitens der Plantagenbesitzer mit Streik.

April

fehlt in meiner Sammlung

Mai

Verteidigungsminister Gramajo erklärt, er könne die Guerilla innerhalb dreier Jahre besiegen. Bereits 1987 hatte er erklärt, er könne das gleiche innerhalb von 6 Monaten schaffen. Die Besatzung eines Fischerbootes wurde tot aufgefunden. Kurz zuvor hatten Bekannte der Toten beobachtet, wie ein Offizier der Militärpolizei das Boot der Ermordeten verlassen hatte. Nach einer Revolte im Zentralgefängnis von Cuidad de Guatemala sieht sich die Regierung zu weitreichenden Verbesserungen der Haftbedingungen gezwungen.

Juni

Militäreinheiten besetzen Ortschaften und zwingen die BewohnerInnen zur Herausgabe von Geld, Getreide und Brennholz. Darüberhinaus werden die BewohnerInnen mit dem Tod bedroht, sollten sie nicht an den Selbstverteidigungspatrouillen teilnehmen. Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei werden von Todesschwadronen entführt. 800 MinenarbeiterInnen streiken für höhere Löhne. Die Regierung lehnt die Lohnforderungen der

Der "Plan de Seguridad y Desarrollo"sieht die Wiederansiedlung der aus ihren Dörfern vertriebenen Menschen in neu geschaffenen "strategischen Dörfern" vor. In jedem strategischen Dorf befinden sich lokale Armeeposten zur Überwachung der Bevölkerung. Die BewohnerInnen, die immer aus anderen Gegenden in die "Modelldörfer"(Armeebezeichnung) verschleppt werden, um eine Solidarisierung mit der ortsansässigen Bevölkerung möglichst zu verhindern, leiden alle unter Unterernährung und den Folgen der notdürftigen Unterbringung in Gemeinschaftsbaracken. Ihr Leben wird völlig vom Militär bestimmt: Die männliche Bevölkerung wird als Gegenleistung für die "Nahrungsmittelhilfe" der Armee gezwungen, in Comitès de Reconstruction National (staatliche Aufbauprogramme) an der Verbesserung der militärischen Infrastruktur mitzuarbeiten (z.B.Flugplätze oder Brücken für die Armee bauen) oder aber in ebenfalls staatlichen Landwirtschaftsprogrammen Spargel oder Himbeeren für den Export anzubauen. Da so der Anbau der lebensnotwendigen traditionellen Grundnahrungsmittel wie etwa Mais oder Bohnen verhindert wird, bleiben die BewohnerInnen der "Modelldörfer" von der Armee und deren Lebensmittellieferungen abhängig. Alle männlichen Einwohner zwischen 15 und 50 müssen sich (in der Praxis; die legistische Verpflichtung wurde 1987 abgeschafft) an den Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen beteiligen. Diese dienen, da sie natürlich nicht bewaffnet werden können (die Gefahr, daß die Waffen sich eher früher als später gegen die Armee richten würden, ist zu groß), lediglich der Disziplinierung und Terrorisierung der Bevölkerung. Armeeangriffe auf solche Patrouillen wie der vom 15.August sind häufig, da es für das Militär einfacher ist, an un- oder nur mit Knüppeln bewaffneten Bauern Exempel zu statuieren als an der besser bewaffneten, vor allem aber hochmotivierten Guerilla. Das Verlassen eines strategischen Dorfes ist nur mit Ausweis möglich. Um zu einem solchen zu gelangen, muß mensch einen Antrag stellen, also Lesen und Schreiben können. Eingedenk der Tatsache, daß über 90% der IndianerInnen und ein beträchtlicher Teil der armen Ladinos Analphabeten sind, können die strategischen Dörfer nur als Konzentrationslager bezeichnet werden. Aufgebaut wurden die strategischen Dörfer aus Mitteln von Organisationen wie AID, CARE, UNICEF, der FAO und der CARITAS.

Gewerkschaft der Staatsangestellten ab, diese drohen mit Streik. 44000 LehrerInnen befinden sich im Ausstand. Sie fordern bessere Löhne. Ende des Terrors der Regierungstruppen und Auflösung der Selbstverteidigungspatrouillen. Nach einer Demonstration von 30000 LehrerInnen werden 200 LehrerInnen entlassen. Am 21.Juni treten die Postangestellten in einen unbefristeten Streik. Sie fordern Lohnerhöhungen von 130 Quetzales auf mindestens 300 Quetzales. Am 25.Juni sind bereits 5 Regierungsabteilungen durch Streiks lahmgelegt.

Juli

Zum dritten Mal innerhalb weniger Tage demonstrieren die StudentInnen in der Hauptstadt. Sie verbarrikadieren die Hauptstraßen. Bankangestellte und Angestellte des Kommunikationsministeriums treten in den Streik. StraßenarbeiterInnen und HafenarbeiterInnen ebenso. Die Angestellten eines staatlichen Gesundheitsprogramms besetzen ihre Arbeitsstätte. Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei berichten von verstärktem Terror gegen IndianerInnen. Die Polizei überfällt Veranstaltungen der streikenden LehrerInnen und versucht, einige Menschen zu entführen. Ein bei Coca-Cola beschäftigt gewesenes Gewerkschaftsmitglied wird ermordet aufgefunden. Die URNG berichtet von Armee-Einheiten, die die Bevölkerung als Schutzschild gegen die Guerilla mißbrauchen Bei einem Anschlag auf das Kommunikationszentrum der Armee entsteht beträchtlicher Sachschaden. BürgermeisterInnen weigern sich, auf staatlichen Befehl streikende LehrerInnen zu entlassen.

August

URNG erneuert Dialogangebot an die Regierung. Bauern und Bäuerinnen

werden von Armee entführt und getötet. Jugendliche bringen das öffentliche Leben in Cuidad de Guatemala durch militante Demonstrationen zum erlahmen. Polizei verhindert die Entladung von Schiffen mit Hilfsgütern für die streikenden LehrerInnnen. Streik der Marktangestellten. Militante StudentInnenproteste in der Hauptstadt. Ein Anwalt der streikenden LehrerInnen legt sein Mandat nach Morddrohungen zurück.

September

Arbeitslosigkeit beträgt 45%. Armee verliert 34 Soldaten in Kämpfen mit Guerilla. Streik der LehrerInnen wird abgebrochen. Viele LehrerInnen können nicht an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. 16 Tote StudentInnen werden gefunden. Alle Leichen weisen Folterspuren auf. In der Hauptstadt detonieren mehrere Sprengkörper. Bei der Verfolgung von DemonstrantInnen erschiesst die Polizei StudentInnen.

Brief einer iranischen Frau aus dem Gefängnis

(Democratic Organisation of Iranian Women)

Der nachfolgende Brief stammt von einer Frau, welch einige Jahre ihres Lebens in einem Gefängnis des Chomeini-Regimes verbringen mußte. Der Ablauf des Lebens und das Schicksal dieser Briefschreiberin könnte so oder ähnlich, heute oder morgen das Schicksal hunderter Frauen im Iran werden.

»....Wenige Monate nach Beginn unseres gemeinsamen Lebens kamen sie eine Nacht und zerstörten unser Leben. Ohne mir Zeit zum Umziehen meines Nachthemdes zu lassen, drangen sie entgegen aller menschlichen und "religiösen" Vorschriften, welche sie ständig predigen, in unser Schlafzimmer ein. Sie durchwühlten das ganze Haus, zerbrachen alle Tonbänder, untersuchten sie sorgfältig, drückten die Zahnpasta- und Medikamententuben aus, zerrissen das Bettzeug und zerlegten den Kühlschrank, das Tonbandgrät,...Sie nannten alle diese Handlungen zynisch Voruntersuchung. Gleich darauf verbanden sie unsere Augen mit Augenbinden. Leider wußte ich in diesem Augenblick nicht, daß wir uns zum letzten Mal sehen. Während sie uns einzeln wegführten, dachte ich an meinen Mann und an unsere anderen gemeinsamen FreundInnen. In diesem Moment habe ich mich entschlossen, das "Verbrechen" auf mich zu nehmen, um meinen Mann aus den Händen dieser Henker zu befreien. Kurzum, wir wurden getrennt ohne ein Abschiedswort. Seit dieser Nacht hatte ich nichts von meinem Geliebten gehört, bis ich zwei Monate danach über seine Hinrichtung informiert wurde....

Alle meine Vorstellungen von Gefängnissen des Regimes stimmten mit dem was ich sah überein - enge und dunkle Zellen,...Peitsche und Folter,...In den Gefängnissen der islamischen Republik waren wir mit den Gefängniswärtern, die von Menschlichkeit und Humanität weit entfernt waren, konfrontiert. Es war für mich ungeheuer schmerzhaft zu sehen, wie tief ein Mensch herabsinken kann, daß er einzig und allein nur äußerlich einem Menschen ähnlich ist. Viele von ihnen kannten bei Folter und Qual anderer Menschen weder Tag noch Nacht. Jeder noch so kleine Anlaß war für sie willkommen um mit Faustschlägen und Fußtritten die Gefangenen zu attackieren. Diese Methoden wurden besonders gern bei den Frauen angewendet...Es waren schlechte Tage. Wir hörten, daß wieder eine Gruppe von unseren GenossInnen und Feunden hingerichtet worden ist. Unter ihnen alle jene, die ich persönlich kannte, gehörten zu den tapfersten und aufopferungsreichsten Kindern unserer Heimat.

Ich wurde nach zweimonatiger Einzelhaft, nach der Ermordung meines Mannes in eine allgemeine Zelle überstellt. Daß ich meinen lieben Mann für immer verloren habe, hat mich so beschäftigt, daß ich von der ständigen Folter nichts merkte. Als ich in der allgemeinen Zelle ankam, lernte ich junge Genossinnen und Freundinnen kennen, die oft nach einigen Tagen des gemeinsamen Ehelebens diese Hölle betreten mußten. Eben bei dieser Begegnung sah ich, daß mein Kummer im Vergleich zu deren Sorgen viel blasser aussah. Die Solidarität unter den Frauen hatte die Atmosphäre erträglicher gemacht. Sie behandelten ihre Wunden gegenseitig ohne Zugehörigkeitsfanatismus zu dieser oder jener Partei oder Organisation zu haben. Für mich war höchst interessant, daß der Zugehörigkeitssinn nicht im Vordergrund stand. Unter uns waren sowohl die 16 - 17 jährigen, wie auch 50 - 60 jährige Frauen. Alle diese Frauen verteilten einen Teil ihrer dürftigen Ration laut einem nicht unterzeichneten Abkommen unter den verwundeten und schwangeren Frauen. Die Lage der verwundeten Frauen war am allerschlimmsten. Man sah überall die tiefen Spuren der Folter. Die Fußsohlen, die mit Drahtkabeln geschlagen wurden, zeigten nach einigen Tagen einen Bluterguß und waren geschwollen. Als sie die Folter an der gleichen Stelle wiederholten, kam aus der Wunde Blut und Eiter heraus. Dieser Zustand wurde von den Folterknechten als "blühende Knospe" bezeichnet...

...Kurz nach meiner Verhaftung merkte ich, daß ich schwanger bin. Dies beunruhigte mich. Ich dachte an ein liebes

und unschuldiges Geschöpf, das mit seiner Geburt eine Hölle betreten wird, in der es keinen Vater und eventuell keine Mutter haben wird. Ein qualvolles Gefühl. Doch nach einiger Zeit dachte ich mir, daß es für eine Mutter wichtigeres als ein Kind nicht gibt. Jetzt mußte ich mich für das Kind opfern. Ich muß unterstreichen, daß alle diese Gefühle mit Treue zu unserer gerechten Sache verbunden waren, für die mein Mann und seine GenossInnen ihr Leben lassen mußten und...In diesen Tagen, wo absolute Gesetzlosigkeit in den Gefängnissen herrschte, fühlten sich die Gefangenen mit dem Tod konfrontiert...So hörte man/frau, daß die Henker die schwangeren Frauen nicht ermorden und ich sollte mich deshalb vorläufig nicht beunruhigen! Aber kann man/frau in dieser todbringenden Atmosphäre von Ruhe sprechen? Die Mädchen weinten und ihr einziger Wunsch war es, vor dem Tod nicht vergewaltigt zu werden. Nach der Meinung der herrschenden Verbrecher gelangen Jungfrauen nach ihrem Tod ins Paradies, und nachdem sie da nicht hingehören, müssen sie vergewaltigt werden. Die Mörder sagten, daß sie aus "humanitären" Gründen vorerst die Mädchen "auf Zeit" heiraten und sie nachher ermorden. Und damit sie ihre Schandtaten unterstreichen, schickten sie den Eltern der Betroffenen als Symbol der Hochzeit eine Torte und einen kleinen Betrag als Brautgeld...

Neben Ernährungsproblemen machte uns das Hygieneproblem zu schaffen. In größeren Abständen wurde uns erlaubt, ein Bad zu nehmen. Während der Menstruation benützten wir wegen fehlender hygienischer Binden unsere nicht sauberen Kleidungsstücke, was zu verschiedenen Krankheiten führte. Läuse und verschiedene Krankheiten des Verdauungstraktes, sowie Hautkrankheiten wie Gürtelrose erschwerten unser Leben zusätzlich. Auch ich hatte dort Gürtelrose bekommen...Die Entzündung der Gebärmutter war die weitverbreitetste Krankheit in den Frauenzellen.

...In solchen Situationen teilte man uns noch mit, daß sie unsere Männer, GenossInnen und FreundInnen hingerichtet haben oder einige von uns demnächst erschossen werden. Diese Art von Nachricht wirkte besonders auf die jüngeren schockartig. Einige von ihnen bekamen psychische Störungen. Schizophrenie war die weitverbreitetste Krankheit unter den psychisch Kranken...

Jedesmal quälte es mich, wenn ich ein 17-jähriges Mädchen sah, welches noch vor kurzem Fröhlichkeit und Lebenslust ausstrahlte, und nun unter solcher psychischer Krankheit leidet. In der Regel wurden solche Kranke in ein Narrenhaus überstellt, wo ihr Schicksal womöglich noch tragischer war als im Gefängnis. Wir alle bemühten uns, diesen Kranken soweit wie möglich zu helfen und sie moralisch zu unterstützen, und das wurde uns von den Gefängniswärtern verboten.

Wir waren bestrebt unter dieser schwierigen Situation uns aufrecht zu erhalten. Wir sangen gemeinsam, betrieben Sport und traten auch manchmal in einen Streik um unsere Forderungen, wenn auch begrenzt, durchzusetzen. Ich muß sagen, daß es uns gelang hie und da Erfolge zu erzielen. Solche Erfolge als Ausdruck der Solidarität und des gemeinsamen Handelns ohne an diese oder jene organisatorische Zugehörigkeit zu denken, machten uns Freude und gaben uns neuerlich Mut.

...Jahre nach der Geburt meines Kindes wurde ich aus dem Gefängnis entlassen mit einer Welt von Erfahrung, Qual und Schmerz, die wie eine Welle mein Leben begleiten. Viele von meinen GenossInnen wurden umgebracht oder in Narrenhäuser gesteckt und einige von ihnen durch die unvorstellbaren und mittelalterlichen Foltermethoden geistig deformiert...Ich wurde frei mit bitterem und großem Haß.«

Nicaragua: Trotz Verbesserungen bei den Menschenrechten dauern Vergehen an

amnesty international forderte die Regierung Nicaraguas zu dringenden Maßnahmen gegen das weitere extralegale Töten von DorfbewohnerInnen durch Regierungssoldaten auf. Betroffen sind meistens Bauern/Bäuerinnen oder LandarbeiterInnen, die der Zusammenarbeit mit den "Contras" verdächtigt werden

(amnesty international)

In einem neuen Bericht legt ai jedoch Wert auf die Feststellung, daß sich die Menschenrechtslage in Nicaragua in jüngster Zeit erheblich verbessert hat. Begrüßt wird die Politik der "offenen Tür" gegenüber internationalen Menschenrechtsorganisationen sowie die Tatsache, daß in vielen Fällen Soldaten wegen Verbrechen an ZivilistInnen zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Im April sprach ein Militärgericht die Höchststrafe von 30 Jahren Haft gegen einen Armeeleutnant aus, der zwei unbewaffnete Zivilisten "hingerichtet" hatte.

Im März dieses Jahres führte eine ai-Delegation in der nicaraguanischen Hauptstadt Managua Gespräche mit Regierungsbeamten. Dabei drückten die VertreterInnen von ai Sorge über Berichte von außergerichtlichen Hinrichtungen, Folterungen und Fällen von "Verschwinden"-Lassen in ländlichen Gegenden aus. So wurden im März des vergangenen Jahres während einer Hausdurchsuchung bei "Contra-Verdächtigen" fünf Laienprediger entführt. Am folgenden Tag wurden ihre verstümmelten Leichen gefunden. Ebenfalls besorgt äußerte sich ai über die Praxis, Gefangene in "chiquitas", winzigen, stockdunklen Zellen festzuhalten,in denen der/die Gefangene nicht einmal sitzen kann. Anderen Gefangenen wurde Nahrung oder Wasser vorenthalten. Inhaftierte wurden mit Schlägen mißhandelt und Drohungen eingeschüchtert. Nach einer Beschwerde ai's über die "chiquitas" wurden die Strafzellen in der Haftanstalt von Las Tejas in Matagalpa im Mai 1989 geschlossen.

Seit dem Waffenstillstand vom April 1988 hat ai positive Entwicklungen in Nicaragua vermerkt. Im vergangenen Jahr wurden die "Sondergerichte", die außerhalb des gesetzlichen Systems fungiert hatten, abgeschafft. Die habeas-corpus-Bestimmungen wurden wieder in Kraft gesetzt, und es kam zu Massenfreilassungen politischer Gefangener, die nach unfairen Prozessen verurteilt worden waren.

bezahlte Anzeige:

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

papierTIGER
Das andere Papier.

WIEN 1020 Springerg.1 Tel.2166305
WIEN 1070 Schottenfeldg.53 Tel.964307
GRAZ 8010 Glacisstr.23 Tel.832703
LINZ 4020 Waltherstr.2 Tel.283420

Kurzmeldungen
Afrika

BURKINA FASO

(zast)

Am 19.September wurden in Quagadougou der Verteidigungsminister Jean-Baptiste Lingani und der Minister für wirtschaftliche Förderung Henri Zongo hingerichtet. Gerechtfertigt wurde diese Exekution mit dem Vorwurf des Putschversuchs. Als Beweis nannte Staatschef Elaise Compaore von Lingani handschriftlich verfaßte Schriftstücke, man weigert sich jedoch, diese der Öffentlichkeit vorzulegen. Lingani und Zongo werden als "Feinde der Revolution" bezeichnet, ihnen wird vorgeworfen, eine Restauration faschistischer Macht geplant zu haben. In Interviews meinte Compaore vor kurzem, daß seine Feinde auch die Feinde des Volkes seien und daß dieses nun wisse, daß es nur ein Oberhaupt habe.

Gemeinsam mit Compaore und Thomas Sankara waren Lingani und Zongo die Köpfe der Revolution von 1983, die eine für viele hoffnungsvolle Regierung an die Macht brachte. Im Oktober 1987 ließ Compaore den Staatspräsidenten Sankara erschießen, worauf er selbst Präsident wurde. Seitdem wird eine "Säuberungskampagne" ("rectification") durchgezogen, der nun auch Lingani und Zongo, die als Nummer 2 und 3 im Staat galten, zum Opfer fielen.

Kürzlich wurde Gaetan Ouedraogo von Compaore zum Botschafter Burkina Fasos bei der UNO ernannt. Manche BeobachterInnen sehen darin einen Zusammenhang mit der Ermordung Sankaras. Denn Ouedraogos Vater war auf Anleitung Sankaras ermordet worden, woraufhin der Weise Compaore, dessen Pate Ouedraogo war, Sankara töten ließ.

SÜDAFRIKA – ZIMBABWE

(zast)

Ungeachtet der schönen Worte des Präsidenten de Klerk, nach denen die südafrikanische Regierung Kontakt mit dem African National Congress (ANC) suche, intensiviert Südafrika die Spionagetätigkeit gegen den ANC. Da der Regierung der Einsatz weißer Agenten in Zimbabwe offenbar zu wenig erfolgreich ist, setzt sie dort nun auch schwarze Spione ein. Die Regierung behauptet, Guerillas des ANC seien in Zimbabwe stationiert, was die Regierung von Zimbabwe allerdings dementiert. Dennoch errichtete Südafrika an der Grenze einen über 70 km langen elektrischen Zaun, um Guerillas am Überschreiten der Grenze zu hindern. Südafrika versucht, seine Spione aus arbeitslosen ZimbabwerInnen zu rekrutieren, die die Grenze illegal überqueren, um in Südafrika Arbeit zu finden. Weigern sich diese, müssen sie eine mehrmonatige Haftstrafe verbüßen und werden sodann abgeschoben. Legale WanderarbeiterInnen werden eingesetzt, während ihres Heimaturlaubes den ANC auszuspionieren. Das Zunutzemachen wirtschaftlicher Notlagen ist für die südafrikanische Regierung eine bewährte Rekrutierungsmethode. Denn schon seit langem stellt sie Festgenommenen die Alternative Haft oder Spionage gegen den ANC, und das nicht nur in Zimbabwe.

Nach Festnahme mehrerer Spione vermutet die Regierung Zimbabwes, daß auch die meisten ehemaligen Mitglieder der rhodesischen Geheimpolizei heute in Südafrika arbeiten. Schließlich soll Südafrika auch in die Reihen des ANC selbst infiltriert haben.

MALAWI

(zast)

Im Februar dieses Jahres wurden an der Universität von Malawi Massenverhaftungen von Studierenden aus dem Norden des Landes durchgeführt. Vier Tage lang waren die Vorlesungen von den gesamten Studierenden bestreikt worden, um gegen die Suspendierung von vier Studierenden aus dem Norden zu protestieren. Diese hatten ein neues Numerus-Klausus-System kritisiert, durch das Studierende aus dem Norden benachteiligt werden. Der 94jährige Präsident auf Lebenszeit Hastings Banda beschuldigte nun Beamte aus dem Norden des Regionalismus und warf Lehrern vor, eine exilierte Oppositionspartei zu unterstützen. Dies nahm Banda als Rechtfertigung für Pogrome gegen BewohnerInnen der Nordregion Malawis. Wieder wurden Massenverhaftungen durchgeführt. Ein Erlaß verbietet LehrerInnen aus dem Norden, außerhalb ihrer Region zu arbeiten, wodurch zahlreiche LehrerInnen arbeitslos werden, da es in ihrer Region zu wenig Schulen gibt. Diese Maßnahmen fügen sich in eine jahrelange chauvinistische Nationalitätenpolitik Bandas, in der "Northerners" politische Teilnahme erschwert und wirtschaftliche Projekte im Süden Malawis konzentriert werden.

NIGERIA

(zast)

Chief Gani Fawehinmi wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil er einen kritischen Artikel zur Wirtschaftspolitik des Babangida-Regimes in der marxistischen Zeitschrift "New Horizont" verfaßt hat. Weiters wurden Haftbefehle gegen die Herausgeber von "New Horizont" ausgeschrieben: Ikpe Etukudo, Balatunde Ogungbile und Ibidapo. Der Nigerian Labour Congress (NLC) plant aufgrund des mehr und mehr repressiven Klimas in Nigeria und der arbeiterInnenfeindlichen Haltung der Militärdiktatur einen Generalstreik. Die Tankwagenfahrer des Ölhafen Lagos sind bereits in einen Warnstreik getreten. Damit will der NLC Druck ausüben, um die politischen Häftlinge zu befreien. Er dient auch als Warnstreik, damit die Babangida-Diktatur nicht in die Statuten der Nigerian Labour Party eingreift bzw. diese umschreibt. Derzeit finden in Lagos täglich Anti-IMF (International Monetary Fond=IWF) Demonstrationen statt. Die Universitäten werden weiterhin durch das Militär belagert.

PANAFRIKA

(zast)

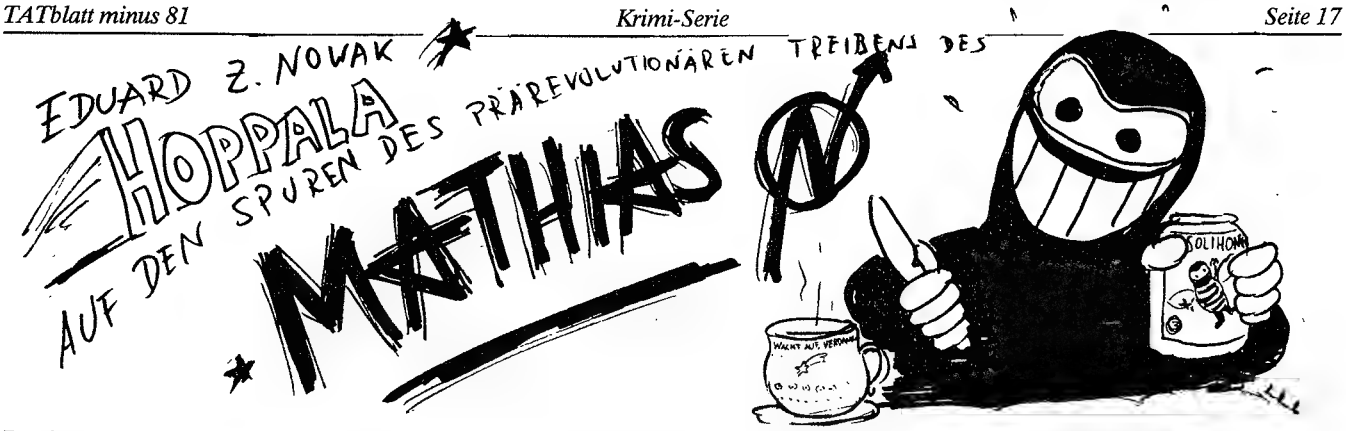
Im März 1989 wurde die vierteljährlich erscheinende PAL-PLATFORM gegründet, die mittlerweile in die dritte Nummer geht. Thematisch versteht sich PAL-PLATFORM als "The Pan-African Liberation Platform". Als HerausgeberInnen fungieren prominente afrikanische Marxisten, Literaten, Ökonomen, Sozialwissenschaftler und Politiker; so A.M.Babu, J.K.Nyerere, M.Mamdani, Ngugi Wa Thing o, Wamba-Dia-Wamba, B.Echemeta, W.Soyinka u.v.a.m.

Derzeit hat sie einen Schwerpunkt auf Literatur, Buchbesprechungen und Ökonomie. Allem Anschein nach wird sich PAL-PLATFORM als wichtiges Diskussionsorgan der afrikanischen Intellektuellen etablieren und ist so ein *muss* für eineN jedeN AfrikainteressierteN. PAL-PLATFORM kostet pro Ausgabe 2 Pfund und ist zu beziehen über "New Beacon Books", 76 Stroud Green Road, London N4 3 EN. Es ist zu hoffen, daß PAL in den einschlägigen "Dritte-Welt-Buchhandlungen" bald erhältlich sein wird.

PANAFRIKA

(zast)

Am 31.Mai 1989 starb in London - unbemerkt von den Dritte-Welt-Medien in Österreich - der Gelehrte, Revolutionär und Mitbegründer des Panafrikanismus Cyril Lionel Robert JAMES (geboren 1901, Trinidad). Sein Name wird in einer Reihe mit W.E.Blyden und W.E.B.DuBois genannt, die als Vordenker des Panafrikanismus galten. Seine wichtigsten Publikationen sind "Black Jacobine" (1938), wo er den Sklavenaufstand von Santa Domingo analysiert, 1948 verfaßte er die philosophisch eminente Schrift "Notes on Dialectics: Hegel, Marx and Lenin" (1948) und er war Herausgeber der Zeitschrift "The Nation", um nur drei seiner überaus reichen publizistischen Tätigkeit zu erwähnen. Die Welt verlor einen seiner wichtigsten Denker, Politiker und Philosophen. ZAST salutes C.L.R. James.



In der Nacht von Mittwoch, 27. auf Donnerstag, 28. September 1989 wurde von bisher unbekannten TäterInnen ein Anschlag auf einen, wie sie es nennen, »Schweinekonzern« verübt. In Folge gewissenhafter Arbeit der AktivistInnen tappt die Polizei seither verzweifelt im Dunkeln. Nur TATblatt-LeserInnen wissen mehr. Doch sie denken nicht daran, auch nur ein Sterbenswörtchen darüber zu verlieren...

Folge 4:
Guten Morgen Österreich und die 40 papillaren Gefahren

4.1
GUTEN MORGEN ÖSTERREICH

Sonntag, 1. Oktober 1989; 08(!).47 Uhr:

Mathias N.'s erster Weg nach dem Erwachen, Urinieren und Bekleiden führt geradewegs auf die Straße. So wie jeden Sonntag. Unerquicklich stechende Sonnenstrahlen blenden seine übermüdeten Augen. Dennoch schimmert das schlichte Schwarz seiner Kleidung kein bißchen im Morgengrauen.

Von Wissensdurst beflügelt begibt sich Mathias zur nächsten, nur unweit entfernt liegenden Straßenecke. Selbstbedienungsständer zweier namhafter österreichischer (sehen wir von der nicht unwesentlichen bundesdeutschen Beteiligung ab) Tageszeitungen nebst einem Selbstbedienungsstand einer weniger namhaften aber nicht minder österreichischen Tageszeitung warten dort nur darauf, von Mathias erleichtert zu werden. Entgegen seiner sonst üblichen Praxis bescheidet er sich heute mit je einer Ausgabe der feilgebotenen Gazetten und ist, kaum daß er die Zeitungen erwartungsvoll den Sackerln entnommen hat, schon wieder im Begriff, seinem trauten Heim zuzusteuern, als plötzlich zwei dunkle Gestalten aus einem Haustor hervortreten und sich ihm in den Weg stellen, trachtend, ihm selbigen zu versperren. »Oje!« stößt es Mathias N. in den Sinn, denn blitzschnell entsinnt er sich jener Aktion, die er nebst GenossInnen in der Nacht von Mittwoch, 27. September auf Donnerstag 28. September 1989 durchgeführt hatte, und die mutmaßlich nur auf wenig Gegenliebe bei den Herrschenden und deren Vollzugsorganen gestoßen sein dürfte. All die aufregenden Ereignisse passieren vor Mathias' geistigem Auge unwillkürlich Revue, während es ihm gleichzeitig pechschwarz vor den physischen Augen wird.

Eine der beiden Gestalten murmelt irgendetwas von »Fahrscheinkontrolle«, die andere von Zeitungen, Mathias murmelt nichts, versteht aber im Gegenzug kein Wort, ehe er den Hintergrund des ominösen Vorgangs langsam, aber rechtzeitig überzuckert. Den beiden finsteren Gestalten geht es offenbar lediglich darum, Mathias auf sein Versäumnis, die erworbenen Zeitungen auch zu bezahlen, hinzuweisen. Mathias dankt freundlich und belehrt die »Kontrollore«, ohnehin nie vorgehabt zu haben, dafür Geld herzugeben. Doch die Gestalten wollen Mathias N. auch gestrenge bestrafen und eine Bußgebühr einheben, weshalb sie in der Beschränkung der persönlichen Freiheit Mathias N.'s verharren. Um den ordnungsgemäßen Zustand wiederherstellen und endlich frühstücken zu können, sieht sich Mathias gezwungen, Zwangsgewalt einzusetzen. Er verschafft sich Durchlaß, stellt in wenigen kurzen aber treffenden Worten — in zweifellos sehr vereinfachter, mitunter gar vulgärer Form — den Klassenstandpunkt dar, und setzt schließlich merklich beschleunigten Schrittes den Heimweg fort. Aus einem gewissen Unsicherheitsgefühl heraus, zieht er es vor, einen Umweg einzulegen, um von diesen unguten Finsterlingen nicht nach Hause verfolgt werden zu können.

Nundenn mit Frühstückslektüre ausgestattet, geht Mathias zu Hause unverzüglich daran, Kaffee zu kochen. Die Wahl, mit welchem neben dem Kaffeepflücken um Freiheit kämpfenden Volke der Erde er sich heute morgen solidarisch zeigen sollte, fällt nach rund einminütiger Überlegung auf das guatemaltekische. Denn dort geht es ganz schön zu, weiß Mathias (lesen Sie hiezu bitte auch den betreffenden Artikel in diesem TATblatt).

Und während schließlich das heiße Wasser die zermahlenen, in eine ungebleichte Filtertüte gefüllten, Indio-Kaffee-Bohnen (Bezeichnung kolonialistisch!, Anm. d. Korrekturlesers) durchströmt, lehnt sich Mathias beinahe schon entspannt zurück, und durchblättert langsam die erste der drei frisch erworbenen Zeitungen. Bei einem ungewöhnlichen Interview hält er kurz inne, liest einige Zeilen und schöpft hiebei wieder Wut und Kraft zu einem neuen Tag voll kämpferischen Mutes und Glücks. Dann gießt er den inzwischen endlich fertiggewordenen Kaffee in ein Häferl, zuckert, milcht, rührt um, trinkt, lehnt sich zufrieden zurück und denkt: »Solidarität ist eine Waffe«. Und recht hat er damit. Jaja, so also frühstücken linksradikale Terroristen, keine drei Tage nach ihrem Anschlag.

Doch die gemütlich verdrängte Angst kann oft schneller wieder ans Tageslicht durchbrechen, als erwünscht. Und so also — Mathias hat kaum 70% seines Solidaritätskaffees getrunken — läutet plötzlich das Telefon. Schnellen Griffes hebt Mathias den Telefonhörer ab, nicht zuletzt deswegen, um die anderen BewohnerInnen der Wohngemeinschaft nicht aufzuwecken.

»Hallo!« begrüßt Mathias freundlich aber bestimmt den oder die noch unbekannte AnruferIn, in der Hoffnung, umgehendst eine Entschuldigung vernehmen zu dürfen, bedauerlicherweise falsch verbunden worden zu sein. Doch diese Hoffnung wird bitterlich enttäuscht. »Mathias?« fragt eine dunkle Stimme. Es dürfte sich um die Stimme des Genossen Robert H. handeln. Die geneigten LeserInnen kennen Robert H. bereits aus der letzten Folge der vorliegenden Krimiserie. Sie entsinnen sich seiner Charaktere und ahnen bereits das Schlimmste, wobei sie so falsch nicht liegen. Doch lauschen wir weiter dem

Telefonat und hoffen wir, daß selbiges sonst keineR tut... »I bin's, da Robert«, stellt sich Robert nun vor. »Ah, Robert! Hallo! Servus!« gibt sich Mathias überrascht. Auf die nachfolgende Frage »Wie geht's da« antwortet er standardgemäß mit »Danke«, und hängt höflich die Nachfrage »Und dir?« an, worauf er allerdings keine Antwort erntet. Vielmehr muß er die außerordentlich vielsagende Frage Robert's vernehmen, die da lautet: »Na, hast' die ärgste Aufregung gut überstanden, nach der Mittwoch-Abend-Action...« Mathias bleibt das Herz stehen. Nicht wirklich natürlich, bloß im übertragenen Sinne. »Das darf doch nicht wahr sein! Über die Aktion am Telefon Worte zu verlieren... Was denkt sich Robert bloß?« denkt sich Mathias mißmutig. Natürlich bringt allzu große Paranoia nichts, und natürlich kann die Polizei gar nicht alle Telefone abhören, selbst wenn sie wollte. Doch rechnen sollte man/frau doch immer damit, insbesondere nach solchen Taten, wie jener in der Nacht vom Mittwoch auf den Donnerstag.

Der für solche Aktionen mutmaßlich in Frage kommende Personenkreis ist nicht allzu groß. Folglich können sich die Behörden auf die Überwachung relativ weniger Leute beschränken. Diese wenigen lückenlos zu observieren, ihre Telefone abzuhören, usw ist dann ein durchaus bewältigbarer Aufwand. Vielleicht ist der Kreis der von der Polizei verdächtigten Personen auch viel kleiner, als man/frau denkt, denn welcheR kann schon wissen, wieviele Indizien, Anhaltspunkte, Spuren die BeamtInnen bereits gefunden und bei ihren Ermittlungen berücksichtigt haben.

Folglich kann jedes Telefonat und jedes öffentlich geführte Gespräch, eigentlich jede Handlung, die man/frau setzt, beobachtet und erfaßt werden und weitere Glieder in einer Kette von Indizien liefern, die sich vielleicht schließlich eines Tages um den Hals der Betroffenen zusammenziehen wird und die Lebensumstände gravierend zu verändern vermag.

»Bist deppert, überleg da doch was'd redst..« brüllt Mathias schwer schockiert in die Telefonmuschel, während er die Hand, mit welcher er den Hörer hält, ganz fest zusammenballt. Damit beweist Mathias aber auch nicht gerade überaus geniale Fähigkeiten, die unliebsamen Folgen unterlaufener Fehler durch geschickte Ablenkungsantworten zumindestens ein klein wenig abzuwehren. Doch die besten Redegewandtheiten schwinden oft erschreckend mit dem Grade des Schreckens und der Angst, derer man/frau ausgeliefert ist.

Dann ist es mitunter ziemlich schwer, sich und seine Handlungen zu kontrollieren. Deshalb sollte man/frau sich rechtzeitig vorher bewußtmachen, wie sie/er sich in angespannten / gestreßten / angstüberfüllten / panischen oder ähnlichen Situationen verhält, um sich irgendwie darauf einstellen zu können.

Diese Selbsteinschätzung ist aber gar nicht so einfach. Die meisten vermögen erst aus gemachten Fehlern zu lernen. Dies ist zwar durchaus verständlich, aber auch nicht minder prekär, denn das kann immerhin für den einen oder die andere Gefängnis oder zumindest Aktenvermerke bedeuten.

4.2
DIE 40 PAPILLAREN GEFAHREN

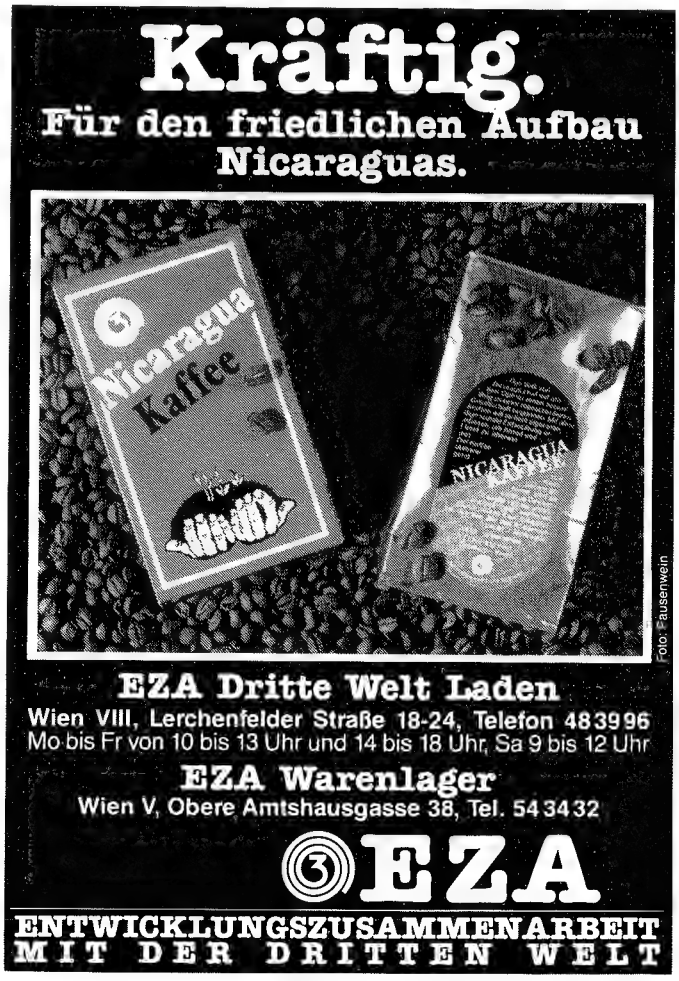
Am ganzen Leibe zitternd wirft Mathias den Telefonhörer auf die Gabel, während Robert gerade irgendeinen Satz sagt, den zu verstehen Mathias aber nicht die geringste Lust mehr verspürt. Er greift vielmehr zu einem Messer und dem Reste eines Brotlaibs, drauf und dran, eine Schnitte herunterzuschneiden. Infolge seines Ärgers, gepaart mit dem Umstand, daß das Brot schon ziemlich hart ist, gelingt dies nicht so vorbildlich wie man/frau es von Romanfiguren erwarten dürfte. Dennoch gelingt es Mathias anschließend sogar Butter auf die Schnittfläche der Brotschnitte aufzutragen. Die nächsten Schwierigkeiten treten erst beim Auftragen des mexikanischen Solidaritätshonigs auf, der, kaum am Brote angelangt, schon wieder teilweise hinunterrinnt. Mathias patzt sich von oben bis unten an.

Während er das doch irgendwie fertiggebrachte Honigbrot mit der rechten Hand wiederholt zum Munde führt, um davon abzubeißen, blättert er mit der linken Hand in der Zeitung weiter. Sich auf den Inhalt zu konzentrieren, vermag er aber kaum, was angesichts der bescheidenen Inhaltsschwere nur wenig Anlaß zu Kummer gibt. Da die Finger über und über voll Honig sind, hinterläßt er auf jeder Seite Fingerabdrücke. Dies kann ihn aber wohl kaum in nennenswerte Schwierigkeiten bringen, ist doch das Lesen von Zeitungen in unserem demokratischen Rechtsstaate ebenso uneingeschränkt erlaubt wie das Verbreiten selbiger (es sei denn, die Zeitungen wären verboten, was die von Mathias durchblätterte, aber keineswegs ist.)

In seiner mangelnden Konzentration verharrend, bleibt Mathias' Blick dennoch schließlich auf einem der eben hinterlassenen Fingerabdrücke hängen. Ehrfurchtsvoll (!) betrachtet er dieses honiggewordene Wunderwerk der Natur. Würde er an den lieben Gott glauben, würde er ihn der Zusammenarbeit mit der Polizei bezichtigen. Allen Leuten andere Fingerabdrücke zu verpassen, mit sovielen Merkmalen, bis zum Ende derer Tage unveränderlich und dermaßen vielfältig... Soviele Gabelungen, Endungen, Knickungen von Linien, Inselbildungen, Einlagerungen, etc. Ein jeder Finger enthält im Durchschnitt 30 bis 40 solcher Merkmale. Um eine bestimmte Person auf Grund vorgefundener Fingerabdrücke beweiskräftig überführen zu können, genügt es den Behörden, 10 bis 12 übereinstimmende Merkmale der Abdrücke (genauer der *Papillarlinien*, wie das fremdwörtlich heißt) nachzuweisen.

Für die Auswertung von Finger- und Handflächenabdrücken arbeiten heutzutage praktisch alle Kriminalpolizeien mit EDV-Systemen, in denen die Daten aller ihnen bekannter Personen gespeichert werden. Zu identifizierende Abdrücke werden durch den Computer mit dem gespeicherten Datenbestand verglichen. Anschließend druckt dieser in einem Protokoll die Personalien und Formeln der als SpurenlegerInnen in Frage kommenden Personen aus, woraufhin die Fingerabdrücke noch von BeamtInnen unter Einsatz ihrer Augen verglichen werden.

Die EDV-Systeme wurden in erster Linie für die Identifikation von daktyloskopischen Tatortspuren (hehehe, der Roman kriegt Niveau! WelcheR versteht mich noch? Liebe Grüße vom Autor) entwik-



kelt, also Spuren die der oder die TäterInnen bei der Deliktsbegehung verursacht haben. Dabei sind zumeist nur unvollständige Abdrücke vorhanden, und auch die Zugehörigkeit zu bestimmten Fingern ist vielfach nicht bestimmbar. Das System ist entsprechend diesen Voraussetzungen konzipiert, Teildaten lassen sich in die Vergleiche einbauen, und schließlich genügen ja 10 bis 12 übereinstimmende Papillarlinienmerkmale.

Mathias N. ist vor mittlerweilen ca drei Jahren im Anschluß an eine Demonstration erkennungsdienstlich behandelt worden. Er wurde mit einer Nummer versehen und von allen Seiten fotografiert. Dann half ihm ein freundlicher Beamter beim Einfärben seiner Finger mit Druckerschwärze und rollte seine Fingerkuppen über ein Formular. Mathias N. wurde damals unrechtmäßig festgenommen, ebenso entbehrte die erkennungsdienstliche Behandlung jeder Rechtsgrundlage. Es war niemals zu einem Verfahren gekommen. Als sich Mathias zu einem späteren Augenblick nach dem Verbleib seiner Erkennungsdienstakte erkundigte, wurde ihm versichert, daß sämtliche Unterlagen über ihn selbstverständlich vernichtet worden seien, wie es sich gehört. Doch Mathias ist auch nicht deppert. Er glaubt kein Wort davon. Und tatsächlich: Natürlich ist er weiterhin gespeichert, samt Fotos und Papillarlinien. Wohl für immer.

Doch selbst wenn seine Erkennungsdaten nicht gespeichert wären, dürfte er sich keinen Schlampereien hingeben, denn niemals könnte er wissen, ob er nicht doch irgendwann einmal erfaßt werden würde. Die Behörden geben regelmäßig alle Fingerabdrücke von unbekannten SpurenverursacherInnen zum Vergleich in ihre Computer ein. Wenn Mathias nun also in der Nacht vom 27. auf den 28. September am Tatort Fingerabdrücke hinterlassen hätte, wären diese gespeichert worden. Wäre ferner Mathias bis dato nicht erkennungsdienstlich behandelt worden, hätte der Computer vorerst mal keine Chance gehabt, den Besitzer der abgedrückten Finger auszuforschen. Wenn dann aber Mathias in, sagen wir mal, acht Jahren mehr oder weniger zufällig in die Fänge des Erkennungsdienstes gelangt, würde der Computer wohl stutzig werden. Denn plötzlich stimmen in seinen grenzenlosen Speichern die Fingerabdrücke von der, sonst vielleicht längst schon vergessenen Aktion im September des 1989er-Jahres mit neu-erfaßten Abdrücken überein. Und dann werden eifrige Beamte alte verstaubte Akte aufschlagen, ein paar Schlüsse ziehen, ihre Dienstpistolen in die Halfter stecken und sich auf den Weg zu Mathias N. machen.

Obwohl es nicht notwendig wäre, steht Mathias N. nun auf, um sich seine Hände waschen zu gehen. Der Honig auf den Fingerkuppen ist ihm lästig!

Bei politisch motivierten Anschlägen sind die Finger der AktivistInnen zumeist aber ohnehin nicht honigverschmiert. Dennoch bleiben oft Fingerabdrücke zurück. Woran liegt das? Ein kurzer Blick in einschlägige Literatur verrät es uns:

»Ein Finger- oder Handflächenabdruck entsteht durch den Schweiß (der durch feinste Poren in den erhöhten Papillarlinien abgesondert wird) und damit vermischten Schmutzbestandteilen. Das heißt: Berührt eine Hand Papier, Holz, Glas, Stoff, Metall, Mauerwerk etc, so bleiben die festen Bestandteile des Schweißes (Salze, Fette, Säuren, Schmutz) an der Berührungsstelle haften. Dabei zeichnen sich die Austrittsöffnungen der Schweißdrüsen, deren Gesamtheit die wirbelförmigen Figuren der Papillarlinien bilden, im Abdruck als regelmäßige Linien ab. Je nach Beschaffenheit des Untergrundes und des Verschmutzungsgrades der Finger erscheint der Fingerabdruck dabei sichtbar oder unsichtbar. Mit Hilfe der im Schweiß enthaltenen Aminosäuren kann auch das ungefähre Alter einer Fingerspur bestimmt werden.

Zum Auffinden und Sichtbarmachen von Fingerspuren gibt es die verschiedensten Verfahren. Bei der sogenannten Einstaubmethode beispielsweise wird der zu sichernde Fingerabdruck mit einem bestimmten Pulvergemisch (je nach Farbe und Beschaffenheit des Untergrundes zB Ruß-, Aluminium- oder Eisenmagnetpulver etc) bepinselt. Das Pulver bleibt dabei an den feuchten, schweißhaltigen Papillarlinienmustern haften und macht diese sichtbar. Zur Sicherung wird daraufhin eine transparente, selbstklebende, sog Spurensicherungsfolie über dem Abdruck abgerieben, worauf dieser an der Folie haften bleibt und so ins Labor zur Auswertung mitgenommen werden kann. Dieses Verfahren wird hauptsächlich zur Fingerspurensicherung auf glatten, nicht porösen Oberflächen, wie Lackfarbenanstriche, Möbelstücke, Kunststoffe, Metalle, Glas etc verwendet.

Die Sichtbarmachung von Fingerspuren auf porösen, saugfähigen Materialien wie Papier, Leder, Stoff, Holz etc erfordert hingegen komplizierte chemische Verfahren. Das kommt daher, daß das schweißige Papillarlinienbild nicht an der Oberfläche haften bleibt, sondern in die Tiefe der saugfähigen Materialien dringt. Die Frage, ob beispielsweise auf Papier erkennbare Abdrücke zurückbleiben, hängt einerseits davon ab, ob eine Person genügend Schweiß absondert und andererseits, wie fest und wie lange ein Stück Papier in den Händen gehalten wird. Grundsätzlich muß aber bei einem einmal angefaßten Papier, wie bei allen anderen saugfähigen Materialien, mit Abdrücken gerechnet werden. Sie sind in den meisten Fällen mit freiem Auge nicht wahrnehmbar und können auch mit Abwaschen mittels feuchtem Lappen nicht beseitigt werden!!!

Die gebräuchlichsten Verfahren zur Suche und Sicherung von Abdrücken auf Papier sind das Anräuchern mit kaltem Joddampf oder das Besprühen mit Ninhydrin oder Silbernitrat. Dabei verfärben sich die im Papier eingesogenen Schweißabsonderungen, die Papillarlinienmuster werden sichtbar und können auf fotografischem Weg gesichert werden. In Fällen, wo die Fotografie versagt, etwa bei bedrucktem Gewebe, hilft ein spezielles Röntgenverfahren weiter.

Die Lebensdauer einer Fingerspur ist prinzipiell unbeschränkt, sofern sie nicht durch Fremdeinwirkung zerstört wird. Denn die mit Fingerschweiß einmal auf den angefaßten Gegenstand übertragenen Bestandteil können auch nach längerer Zeit noch nachgewiesen werden. Einziges Problem für die Behörden ist, daß, je älter eine Fingerspur ist, desto technisch komplizierter deren Sichtbarmachung wird.

Selbst der Einfluß von Wasser zerstört nicht automatisch die Fingerabdrücke, und ebenso können sie unter günstigen Voraussetzungen, zB wenn sie durch eine Rußschicht geschützt werden, selbst größte Hitze überstehen. Es ist daher von Vorteil, das zur politischen Arbeit notwendige Werkzeug — wenn möglich — sorgfältig zu reinigen, ehe es einem Fluß oder See zur Aufbewahrung übergeben wird..«

Mathias N. hat die einschlägige Literatur vor geraumer Zeit genau gelesen. Nun kehrt er mit frischgewaschenen Fingern an den Frühstückstisch zurück. Lassen wir Mathias N. aber nun endlich alleine frühstücken. Denn auch Revolutionäre wollen eine Ruh haben.

Fortsetzung folgt.

RICHTIGSTELLUNG (schon wieder)

Natürlich ist, wie bereits mehrfach erwähnt, die Handlung des vorliegenden Romans frei erfunden, jede Ähnlichkeit jedweder Personen mit tatsächlich lebenden usw zufällig, unerwünscht und weiß-das-Medienrecht-was-sonst-noch-alles, aber: Auch die Fantasie muß ihre Grenzen haben. Dennoch dürfte sie dem Tipper vor ziemlich genau vierzehn Tagen durchgegangen sein (also wohlgemerkt: nicht der Autor, der Tipper trägt Schuld! Er hat bereits gestanden!). Und so wurde die Adresse des ehrbaren Staatspolizisten Gert Z. fälschlich falsch wiedergegeben. Es sollte nicht Jägerstraße 85 sondern Jägerstraße 89 heißen, Stiege 5 stimmt.

Wie immer: Tschuldigung, bis zur nächsten Richtigstellung!

E.Z.Nowak

(schick des G'schichtl halt auf Diskette, dann kannst deine Fehler selber machen.

Grantig, der Tipper)

Buchbesprechung:

Roman Schweidlenka
Altes blüht aus den Ruinen
New Age und Neues Bewußtsein

Verlag für Gesellschaftskritik; Wien 1989, 189 Seiten, öS 198,-

Nach "Mutter Erde, Magie und Politik" (gem. mit Eduard Gugenberger) erschien vor wenigen Wochen Roman Schweidlenkas zweites Buch, "Altes blüht aus den Ruinen", über New Age und dessen historisches, ideologisches, institutionelles und politisches Umfeld. Das neue Buch ist flüssiger zu lesen und weniger umfangreich, enthält aber auch für LeserInnen von "Mutter Erde, Magie und Politik" jede Menge Neues. Ein Abflauen der New Age-Welle ist nämlich nicht in Sicht. Höchstens der Name wechselt: "Light Age", "Neues Bewußtsein", "Esoterik", "Channeling", ...

Hinter den unterschiedlichen Namen stecken aber die gleichen handvoll, als spirituelle Weisheit getarnten, gar nicht so neuen Ideologien: Etwa einer neuen esoterischen Rasse anzugehören, die oft mit der arischen Rasse gleichgesetzt wird; oder die Rechtfertigung von Völkermord durch die "Evolution des menschlichen Bewußtseins"; oder, daß Unterdrückte und Ausgebeutete nur ihr selbstverschuldetes Karma aus Vorleben abbüßen; daß das natürliche Universum und die spirituelle Welt hierarchisch geordnet sind; ... und, daß Gott ein Kapitalist ist und spirituelle Einsichten käuflich sind.

Zwei Dogmen sind den New AgerInnen heilig: 1."Das persönliche Bewußtsein bestimmt das Sein." Also kümmere Dich nicht um die Welt. Verändere nur Dein Bewußtsein, so wird sich die Welt ändern. Politisches Handeln ist New AgerInnen nicht würdig. 2."Denk positv." Verbiete Dir (und anderen) "negatives" Denken, Fühlen oder gar Sprechen. Eine kritische New AgerIn ist keine wahre New AgerIn.

So leben viele Findhorn-Frauen — laut Daphne Francis, die wegen ihrer kritischen Haltung das New Age-Paradies (Groß Britanien) verlassen mußte — z.B. nach dem Dogma: "Ich bin auf meinen Mann wütend, weil er sich nicht um die Kinder kümmert, aber ich arbeite daran, diese Gefühle wegzumeditieren."

Der "spirituelle Supermarkt" mit seinen Angeboten an Büchern und Seminaren zum Erwerb von Meditations- und Ekstasetechniken, "positiv Denken" und "Psi-Fähigkeiten", ist der sichtbarste Teil von New Age. Neuester Hit in den USA sind "Fitneßzentren für das Gehirn" — von KritikerInnen auch Gehirn-Buffs genannt. Für ca. 10 Dollar (ca. 140 öS) kann man/frau sich 45 Minuten an eine 50.000 Dollar teure Gehirnmaschine anschließen

und sich mittels sogenannter "Insant-Meditation" zur Entspannung, Steigerung der Intelligenz und Erleuchtung katapultieren lassen. InteressentInnen in Wien können sich ans Stadtzentrum Focus wenden (wozu dieser Hinweis? Anm eines Korrekturlesers)(na, soll's in Wien keine Erleuchtung geben? Anm 2. Korr-Leserin.)(oja; Anm d Hauselektrikers)

Doch New Age ist mehr als das Geschäft damit. "New Age: Generaloffensive gegen die Alternativbewegung", überschreibt Schweidlenka ein Kapitel. Ein Blick auf die Entstehung und Weiterentwicklung Findhorns (Groß Britanien), für viele das Mekka des New Age, läßt diese These nicht als übertrieben erscheinen:

1962 wurde Findhorn von Ex-Major der britischen Royal Air Force, Peter Caddy, gegründet. Entsprechend gut ist die Beziehung zum nächstgelegenen NATO-Stützpunkt Kinloss. Andere Findhorngrößen kommen aus britischen und US-Geheimdienstkreisen.

Andererseits stammt(e) das Gros der Findhornianer aus der Hippiebewegung. Angelockt vom spirituellen Ruf von Findhorn, wurden sie unter dem Kommando von Major Caddy schnell zu disziplinierten, "sauberen", "ordentlichen", nicht mehr rebellierenden New AgerInnen.

Über "Bekehrte" und Findhorn-Gurus, die das New Age-Paradies verließen um anderswo ihr Domizil aufzuschlagen (z.B. David Spangler in der USA), breitet sich das "Findhorn-Netzwerk" aus. Weltumspannend soll es werden; wie der Kapitalismus: 1985 gelang mit dem "Business-Netzwerk" der Brückenschlag zu den Multis (IBM, Philipps, Volvo, Shell, Rank-Xerox). Im Mai 1988 ging's auf Mission in Gorbatschows UdSSR.

Eine noch deutlichere Bestätigung jener These — genauer: die These selbst! — findet Schweidlenka im Mangermagazin "Radar für Trends": Gerd Gerken, führender Unternehmensberater punkto New Age-Mangement der BRD, zeigt sich darin überzeugt, daß seine Strategie, wenn sie von den etablierten Parteien übernommen worden wäre, "Die Grünen" in der BRD verhindert hätte. Aber noch ist es Zeit, Grüne, Alternative und die neuen sozialen Bewegungen durch "Integration von Protest" zu entschärfen.

Die AbonnentInnenliste des 47,50 DM (ca. 340 öS) teuren Magazin zeigt bekannte Größen aus der "alten Welt": Daimler Benz, BMW, VW, Boehringer-Chemie, Höchst, ICI-Pharma, Shell, IBM, Nixdorf-Computer, Maggi, Oetker, Allgäuer Alpenmilch, Deutsche Granini, Tschibo-Kaffee, Lufthansa, Henkel, Deutsche Grammophon, Reynolds-Aluminium,

General Elektric, DG Bank, Burda, Gruner und Jahr (mit Stern, Natur, Geo u.a.) sowie SPD, CDU und den Axel Springer Verlag.

Wie schauen nun solche New Age-Mangementstrategien aus? Beispiel "Organisations-Transformation" (OT): Mittels der als "vierter Produktivfaktor" angesehenen Meditation sollen persönliche Ziele der MitarbeiterInnen und Firmenziele zur "Deckungsgleichheit" gebracht werden. Die "Motivation von innen" löst die "veralterte" autoritäre Unternehmensführung ab. Das Personal-Mangement sieht in den MitarbeiterInnen den "ganzen Menschen", der auch Freiräume für "Selbstbestimmung" und "spirituelles Wachstum" braucht; natürlich innerhalb dieses Systems und der von der Elite vorgegebenen Ziele. Das ist laut Gerken "Emanzipationsförderung".

Japan ist diesbezüglich am fortschrittlichsten. Aber auch von den USA weiß Schweidlenka z.B. zu berichten: "Firmen stellen ihren Mitarbeitern eigene Gemüsegärten zur Verfügung, in denen diese biologisch gärtnern können, esoterische und gruppentherapeutische Seminare gibt es als Gratiszuckerl für die ArbeiterInnen, und Samadhi-Tanks, die absolute Stille garantieren, werden in den Produktionsstätten installiert, um zwischen Fließband und Akkordarbeit einen kurzen Blick ins Nirwana zu ermöglichen."

Die am häufigsten angewandte Meditationsmethode ist die Tranzendentale Meditation (TM) des Guru Maharishi Mahesh Yogi, der unter Marcos sein System der "vereinheitlichten Felder" mittels Experimenten an philippinischen StudentInnen ausfeilen konnte. Die TM wird in den USA durch Regierungsgelder gefördert — bei den Arbeitern großer Konzerne, in den Universitäten, den Gefängnissen und sozialen Krisengebieten. Mit Erfolg: die StudentInnen stellten weniger kritische Fragen und zogen ihre Karriere einem gesellschaftspolitischen Engagement vor; die Gefangenen wurden ruhiger; die SlumbewohnerInnen wurden mit ihrem "Schicksal" zufriedener. General Motors und andere großen Konzerne boten ihren Arbeitern und Angestellten kostenlos TM-Kurse an. — Jänner 1989 organisierte die Raiffeisenbank ein "positives Denkseminar" für ihre MitarbeiterInnen.

Schweidlenka verweist in diesem Zusammenhang auf ein anderes Problem, das den Herrschenden im Magen liegt: Die zunehmende Technikskepsis und emotionale Ablehnung von High Tech; insbesondere "unserer" Jugend. Nach einer Februar 1989 veröffentlichen Studie der Universität Salzburg bewerten nur noch 10% der Jugendlichen die Rolle von Industrie und Technik positiv. Gleichzeitig konstatiert Schweidlenka einen weitverbreiten Wunsch nach erlebbarer Spiritualität.

New Age verknüpft nun die ungeliebte High Tech mit dem ersehnten "High Spirit". Die zunehmende Computerisierung aller Lebensbereiche wird als Errichtung eines "planetarischen Bewußtseins" und als "Spiritualisierung der ganzen Menschheit" euphorisch bejaht. Die mit der Atomenergie verbundene Freisetzung von Radioaktivität wird noch als Ansporn für die "Evolution des menschlichen Bewußtseins" gutgeheißen. Gleichfalls die Gentechnologie. Das Ziel ist eine "esoterische Industriegesellschaft", eingebettet in einem "fairen, ökologischen, hellen" Kapitalismus.

Kein Wunder also, wenn sich Helmut Kohl 1987 von Gerken beraten ließ und CDU-Gelder in New Age-Festivals strömen. Schweidlenka weiß auch von Verbindungen österreichischer Politiker zu Trägern des "Neuen Bewußtseins" (Busek, Karas, Haider, Waldheim).

Auch "Guru Gorbi", wie Michael Gorbatschow von New AgerInnen gern bezeichnet wird, läßt in seinen Reden gern mystisches einfließen. Die sowjetische Akademie der Wissenschaften zeigt rege Anteilnahme am New Age, wie auch bekannte US-Universitäten.

Und die UNO? Wer sich von ihr Widerstand oder wenigstens Neutralität gegenüber New Age und Neuem Bewußtsein erwartet hat, wird Schweidlenkas Bericht kaum glauben können/wollen: Die mit dem New Age-Multi Findhorn organisatorisch und personell eng verflochtenen "Weltbürger" (Planetary Citizens) wurden offiziell als Unterabteilung der UNESCO anerkannt, der "Spirituellen Weltuniversität" des Brahma Kumaris wurde ein beratender Status im Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC) und bei der UNICEF zugesprochen. 1986 erhielt Brahma Kumaris anläßlich einer seiner weltweiten Meditationskampagne für den Frieden die "Friedensbotschafter"-Auszeichnung. Beide Organisationen sehen als Lösung der Weltprobleme die Errichtung einer "Weltregierung", geleitet von einem "Rat weiser Menschen". Kein Wunder wenn sich Namen wie Konrad Lorenz oder der Dalai Lama in der langen Liste prominenter UnterstützerInnen der "Weltbüger" wiederfinden; auf das Auftauchen von Friedensforscher Johann Galtung im Direktorium neben Findhorngrößen Caddy und Spangler war ich aber nicht gefaßt.

Auch wenn Schweidlenka Beispiele von Gegennetzwerken bringt (z.B. ein spirituell-politisches Anti-Atomlobbynetzwerk), seine Hoffnung einer engagierten spirituellen Politik, getragen von einer Alternativbewegung "von unten" ausdrückt, machte sich beim Lesen ein Gefühl der Ohnmacht breit. Gepaart mit der Überraschung, wie nahe die Schöne Neue Welt schon gerückt ist. Im Moment des Lesens konnte ich über geschilderte Spitzen — etwa wenn Chris Griscom Jugendliche im Gebiet rund um eine berüchtigte Atomwaffenfabrik lehrt, die dort vorhandene erhöhte Radioaktivität in den Steinen und im Gras mit ihren Händen zu spüren und wie man/frau sich mit esoterischen Visualisierungstechniken (angeblich) vor ihr schützt — noch lachen, derzeit ist mir eher zum Kotzen.

Noch eine Bemerkung zu Schweidlenkas positiver Einstellung zur Spirituallität: Für den Autor ist der Wunsch vieler Menschen nach einer erlebbaren Spiritualität eine reale politische Kraft. Wird sie (von der Linken) verleugnet, rekrutiert das New Age sie für sich.

Lesybrief

an die tatblatt-redaktion!

ein lesebrief

zur sache sexistischen sprachgebrauchs!

in manche hirne scheint's noch nicht gesickert, daß frau/man, wenn faruen mit-/auch/nur allein gemeint sind, sie nicht nur kennt, sondern auch **nennt!** der möglichkeiten nicht-sexistischen sprachgebrauchs sind legion. da gibt's denn auch das splitting, das einigen zu umständlich, zu mühselig vorkommt: das »I«, welches angeblich ein »holpriges schriftbild« bewirkt, oder das, wie's gerlinde nennt, generative feminum, usf.

also: es geht nicht/oder doch darum, so im tb-impressum, »geschlechtsneutral« zu sein: weder/noch (das ominöse dritte?) oder beide geschlechter, die zwar auch eine erfindung sind... — behebung von asymetrien. dieses BEIDE (um euch nicht absichtlich misszuverstehen) könnte, ein diskusssionsvorschlag!, ersetzt werden durch ein neues, noch zu erfindendes und nicht sprachgeschichtlich vorbelastetes suffix. m/ein vorschlag wäre für den singular »-y«, für den plural »-ys«. konkret sieht's dann so aus: einy studenty und einy studenty kann zwei aktivistys ergeben. so müssten auch neue artikel, relativpronomen,... produziert werden: man/frau etwa ist leicht durch das nicht-sexistische »knü«, zum beispiel, zu ersetzen.

wäre es nicht an der zeit, dass knü über neue, geschlechts- / neutrale / umfassende / suffixendungen etc. diskutierten sollte?

gruß michael/A

Betrifft: TAT*blatt:*

Jetzt is' so weit!

Wir sind TAT*sächlich* und allen Ernstes übersiedelt!!! Jetzt wird alles anders, jetzt wird alles besser. Oder doch nicht? Es bleibt immer noch ein Haufen zu tun. Also, fangen wir's an. (Das mit der Erdung ist schon OK gegangen, für alle die das letzte *Betrifft TATblatt* gelesen haben; Anm des Betrifft-Schreibers der Vor-Minus-Nummer). Um uns die neue Miete für das neue Büro leisten zu können, müßten neue Leute neue TAT*blätter* neu bestellen (aber bitte mit den neuen Erlagscheinen, damit ma uns auskennen, was ihr wollt). Außerdem warten die jeweils neuen minus-nummern auf neue HandverkäuferInnen – also, wie wär's? Wir haben uns in letzter Zeit gebessert und uns auf eine schier perfekte Regelmäßigkeit im Erscheinungstermin eingependelt. Es ist somit leichter geworden, druckfrische TAT*blätter* für den Wiederverkauf zu ergattern (jeden zweiten Montag!). Außerdem gibt's natürlich nach wie vor das TAT*blatt*-Café (manchmal sogar mit Kuchen) und wir freuen uns immer, neue TAT-blattis kennenzulernen.

Unser Chaos mit der Post hat sich perfektioniert – im Zuge des Umzuges haben wir anscheinend noch ein paar unbearbeitete Briefe verloren / verschmissen / archiviert ... – jedenfalls hört sich's damit jetzt auch wieder auf. Wir versprechen's ganz hoch und heilig, die beiden IGARA-Briefe waren die letzten, die wir verschmissen haben (werden). Es tut uns auch ganz furchtbar schrecklich leid. Aber bitte nicht verzagen, probiert's es doch noch einmal, wenn ihr etwas wolltet und nie wieder etwas von uns gehört habt. An diesem Platze möchte ich auch auf unsere neue Adresse und Telefonnummer hinweisen, die ihr finden werdet, wenn ihr eine Seite weiter blättert. Das Telefon haben wir zwar noch nicht, aber nach Auskunft der Österreichischen Post- und Telegrafenverwaltung, kann es sich maximal um 4 (in Worten: vier) Wochen handeln, bis wir wieder im Netz hängen.

Abschlußbemerkung: Jetzt mach ich Schluß, weil mir ist kalt, weil wir nämlich noch um einen (Holz-)Ofen zu wenig haben (Wink mit dem Zaunpfahl).

Liebe, Kraft und Sonnenschein
Eine vom TATblatt-Kollektiv

Termine:

Wien:

2. November bis 4. Februar; jeweils donnerstags, 19-20.30 Uhr
4. Frauenabenduniversität
Information: 5312/4559DW
TU, Wien 4, Gußhausstraße 27

Montag, 20. November; 19.30 Uhr
Was wollen Ausländerinnen von uns?
Frauenleben im Zusammenprall zweier Kulturkreise
Amerlinghaus, Wien 7, Stiftgasse 8

Dienstag, 21. November; 19 Uhr
Gen- und Fortpflanzungstechnologien — Wege in die schöne neue Männerwelt
HBL, Wien 13, Bergheidengasse 1-19

Dienstag, 21. November; 18.30 Uhr
RA Dr. Erika Furgler: Gesetz und manipulierte Natur.
Juristische Aspekte der Biotechnologien
IWK, Wien 9, Berggasse 17/1

Dienstag, 21. November; 19 Uhr
Rafael Gamez: Dezentralisierung in Nicaragua
Veranstaltung der nicaragua brigaden
Amerlinghaus, Wien 7, Stiftgasse 8

Freitag, 24. November; 18.30 Uhr
Die Näherinnen von Mexico City mit **Aldegunda Rojas**, stellvertretende Vorsitzende der Näherinnengewerkschaft "19.September", die sich 1985 zusammengeschlossen hat, um die Rechte der Arbeiterinnen gegenüber des patrones einzufordern.
ÖGB, Wien 1, Wipplingerstraße 35, Lehrsaal 1

Samstag, 25. November; 9.30-17 Uhr
Tagung: Wohnungsnot in der Wohlstandsgesellschaft
Schweizerhof, Wien 14, Mauerbachstraße 34
Achtung: Anmeldung schriftlich bis 17.11.bei Karl Helmreich, Südbahnstraße 25/39, 2544 Leobersdorf; 02256/2839

Dienstag, 28. November; 18 Uhr
Aktionsplattform gegen Ablöse- und Mietzinsenwucher
Eine Aktion wird vorbereitet
Cafe Club International, Wien 16, Payergasse 14

Graz:

Donnerstag, 16.November; 19.30 Uhr
Wirtschaftsflüchtlinge: Die Auslese von Weizen und Spreu?
Veranstaltung des Vereines ZEBRA
Verein Brücke, Graz, Grabenstraße 33

Mittwoch, 29. November; 19.30 Uhr
Dr Renate Merl: Asylrecht als Menschenrecht — auch in Graz?
Alte Technik, Hörsaal VI, Graz, Rechbauerstr. 12/P

Salzburg:

Dienstag, 14. November; 19 Uhr
Über das Schicksal des kurdischen Volkes
KurdInnen berichten
KHG, Salzburg, Wr. Philharmonikergasse 2

Donnerstag, 23. November; 19.30 Uhr
Namibia nach den Wahlen
Augenzeugenbericht
Kulturgelände Nonntal, Salzburg, Mühlbacherhofweg 5

TATblatt

NACHRICHTEN AUS DEM WIDERSTAND

Das TATblatt ist eine selbstverwaltete Zeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten, die derzeit alle vierzehn Tage erscheint.

Das TATblatt versteht sich als weitgehend »offene Zeitung«. Bitte: Schickt uns Artikel, Kommentare, LeserInnenbriefe, Infos, Termine, usw usf. Die Entscheidung, welche Artikel in die Zeitung kommen, wird in den TATblatt-Plena getroffen. Die Plena sind allen Interessierten zugänglich und finden jeden Donnerstag um 19 Uhr im Wiener TATblatt-Büro statt.

Aus der Vielfalt der AutorInnen der Artikel, und dadurch, daß viele Artikel uns nur zugesandt werden, die AutorInnen aber oft nicht zu Plena kommen, um die Artikel zu diskutieren, ergibt sich, daß nicht alle Artikel vollinhaltlich der Meinung des »Kollektivs« entsprechen können. Aufschluß über die VerfasserInnen der Artikel und etwaige Änderungen durch das Kollektiv, geben die Quellenangaben. Das Kollektiv behält sich vor, Artikel, in Hinblick auf geschlechtsneutrale Schreibweise gegebenenfalls zu korrigieren, ohne extra darauf hinzuweisen.

Aus Sicherheitsgründen – um Behörden keinerlei Rückschlüsse darauf zu ermöglichen, welche Artikel von welcher Person geschrieben wurden, bzw welche MitarbeiterInnen eher unbedenkliche, welche hingegen eher brisante Themen bearbeiten – werden alle Artikel grundsätzlich nicht namentlich gekennzeichnet. Bei eingesandten Artikel erfolgt eine volle Namensnennung nur dann, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird.

TATblatt-Gruppen gibt es derzeit in Wien, Graz und Linz:

TATblatt-Wien:

1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11
Telefon (ab voraussichtlich Ende November): (0222) 57 49 543

TATblatt-Plenum:
jeden Donnerstag um 19 Uhr

TATblatt-Café:
jeden Montag um 16Uhr
die ideale Möglichkeit in ungezwungenem Gespräche das TATblatt »von innen« kennenzulernen (alle zwei Wochen verknüpft mit dem Zusammenlegen und Versenden des neuen TATblatts)

TATblatt-Graz:

Treffen alle 14 Tage: Zeit und Ort bitte telefonisch erfragen.
Kontakt-Telefonnummern:
(0316) 96 23 63 (Elisabeth)
(0316) 83 57 79 (Christof)

TATblatt-Linz:

Treffen: jeden 1.Mittwoch im Monat um 17 Uhr
Andreas Hofer Stüberl; Andreas Hoferplatz 3; 4020 Linz

Achtung AbonnentInnen: Die letzte Ausgabe des TATblatts, die du um dein Abo zugesandt bekommst, ist unterhalb deines Namens in doppelter Klammer vermerkt. Bei etwaigen Unklarheiten oder Fehlern bitte bei uns anrufen, oder uns schreiben!

Impressum:
Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt;
1050 Wien; Margaretengürtel 122-124 / Stiege 1 / Keller

Postanschrift: 1050 Wien; Postfach 282
Telefon: (0222) 54 23 07
Bankverbindung/Konto: PSK 7547 212
DVR Nr: 0558371
Druck: Eigendruck

Das TATblatt im Abo

Ein TATblatt-Abonnement kostet innerhalb Österreichs S 96.– für zehn Ausgaben, oder S 190.– für zwanzig Ausgaben. Ein Auslandsabo kostet S 150.– (10 Ausgaben) bzw S 300.– (20 Ausgaben).

Die Abos gibt's nur gegen Vorauszahlung! Also einfach Erlagschein ausfüllen und einzahlen. Sobald das Geld bei uns ist, beginnt das Abo zu laufen.

Außerdem gibt es auch die Möglichkeit eines Förderabos: Du bestimmst selbst, wieviel du zahlen möchtest (mindestens natürlich S 97.– für zehn respektive S 191.– für zwanzig Ausgaben, im Ausland mindestens S 151.– bzw S 301.–... eh klar, oder?).

Am Besten die Erlagscheinvordrucke, wie sie jedem TATblatt beiliegen, wenn sie nicht herausgefallen sind, verwenden. Ansonsten bitte wie folgt ausfüllen:

Konto: P.S.K. 7547 212; Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; Verwendungszweck: Abo (Förderabo) für ...Nummern; usw...

Mitgliedschaft

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt ab sofort nur mehr 1.– pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30.– Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschickt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns noch heute eine Postkarte!

Einzelverkaufsstellen

Wien:

Buchhandlungen:

- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Brigitte Hermann (1, Grünangerg. 1)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Rive Gauche (Wien 2, Taborstraße 11b)
- Sprachlos (3, Radetzkystraße 6)
- Buchwelt (9, Schwarzspanierstr 15)
- Litera Tours (9, Kolingasse 6)
- Schiebl (10, Laxenburgerstraße 48)

diverse Läden:

- VKA (6, Stiegengasse 20)
- Naturmarkt St Josef (7, Zollerg 26)
- EZA (8, Lerchenfelder Straße 18-24)
- Bioladen Makrokosmos (8, Strozzigasse 38)
- Natürlich Naturkost (9, Marktgasse 21)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)

Beisln:

- TU-Club (4, Paniglgasse 1) VORÜBERGEHEND ABGEBRANNT
- Rotstilzchen (5, Margaretenstraße 99)
- Rosa-Lila-Tip (6, Linke Wienzeile 102)
- KuKu (6, Linke Wienzeile 98)
- KOMM 24 (14, Baumgartner Höhe 1; Pavillon 24; täglich 14 bis 17 Uhr)
- Club International (16, Payerg 14)
- B.A.C.H./Stadtteilzentrum Ottakring (16, Bachgasse 21)

außerdem:

- ARGE f Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schottengasse 3a/1/4/59)
- Infoladen (5, Margaretengürtel 122-124 / Stiege 1 / Keller; geöffnet nur Di & Do 17-21 Uhr, Mi 15-19 Uhr)

Graz:

- Drachwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Techn. Fachbuchhandlung SPECTRUM (Schörgelgasse 9)

Linz:

- Alternativladen (Zollamtsstraße 20)
- Bad-Café (Badgasse 7)

Schwertberg:

- Kulturverein Kanal (Schwertberg, Josefstal 21)

(Stand Oktober 1989)

Das nächste TATblatt erscheint am 28. November **Redaktionsschluß für diese Nummer ist am 21. November**

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1050

An:

WIR

(das TATblatt)

SIND

VERZOGEN!!!!

Neue Adresse:
1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11
nur zwanzig Gehsekunden von der U6!
Die alten Adressen (Margaretengürtel bzw Postfach 282) bitte fortan nicht mehr verwenden. Telefonisch sind wir derzeit so gut wie gar nicht erreichbar, weil wir nämlich noch keines haben, aber in spätestens einem Monat sind wir unter (0222) 57 49 543 anrufbar — angeblich.